

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

## Hindenburg fordert Reichsbanner-Verbot

Ein Fußtritt zum Dank für die Wahlhilfe — Reichsbannerbundesleitung kapituliert

### Groener soll prüfen

Berlin, 16. April 1932.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichsminister des Innern folgenden Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Die das Verbot der SA und SS aus-  
sprechende Verordnung vom 13. April 1932  
habe ich vollzogen, nachdem Sie mir in  
ernsten Worten die Schwierigkeit der poli-  
tischen Lage dargestellt und den Erlaß  
dieser Verordnung zur Sicherung der  
Staatsautorität als unbedingt notwendig  
bezeichnet haben und nachdem die Reichs-  
regierung einstimmig Ihrem Antrag bei-  
getreten war.

Inzwischen ist mir unter Uebergabe  
von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß

Berlin, den 17. April 1932.

Der Sinn dieses Briefes kann nicht mißver-  
standen werden. Denn wenn auch vor-  
sichtigerweise von „ähnlich gearteten Organi-  
sationen“ gesprochen und kein Name genannt  
wird, so weiß doch jedermann, worauf er  
hinauszielt:

Gemeint ist das Reichsbanner

Das ist auch die Interpretation, die beispie-  
lsweise die demokratische „Berliner Volks-  
zeitung“ dem Reichspräsidentenbrief gibt.  
Nur der „Vorwärts“ traut offenbar seinen  
Augen noch nicht ganz recht. Er gibt seinen  
Lesern von dem Brief zwar Kenntnis, meint  
aber, dessen Bedeutung liege nur darin, daß  
er auf gewisse „Manöver“ schließen lasse, die  
gegen das Reichsbanner im Gange seien. Er  
hat auch sofort wieder einen Trost zur Hand.  
In dem Hindenburgschen Brief wird die ge-  
forderte „gleichmäßige Anwendung der Ge-  
setze“ noch von der Bedingung abhängig ge-  
macht, „falls dies richtig ist“. Es sei  
aber nicht richtig, und darum werde „das  
Reichsministerium des Innern dem Reichs-  
präsidenten sehr bald mitteilen können, daß  
nichts weiter vorliegt als ein Versuch ge-  
wissenloser Irreführung...“  
Gleichzeitig betont der „Vorwärts“ noch ein-  
mal, den „verfassungstreuen, die Republik  
schützenden, streng auf dem Boden der Ge-  
setzlichkeit stehenden“ Charakter des Reichs-  
banners, um alsbald wieder seine ganze Zu-  
versicht an der Person Hindenburgs aufzu-  
richten: „Die Absicht, eine solche Ungerechtig-  
keit zu begehen, ist selbstverständlich auch  
dem Reichspräsidenten in keiner Weise zuzu-  
trauen.“

Wir haben volles Verständnis für die Ver-  
legenheit, in die der „Vorwärts“ durch den  
Hindenburg-Brief geraten ist. Soeben hat das  
Reichsbanner innerhalb der „Eisernen Front“  
und zusammen mit der SPD unermüdlichste  
Wahlhilfe für Hindenburg geleistet, und nun  
wird diesem selben Reichsbanner zum Dank

ähnlich geartete Organisationen,  
wie die hier verbotenen, auch bei anderen  
Parteien bestehen. In Erfüllung meiner  
Pflicht zur überparteilichen Ausübung  
meines Amtes und gleichmäßigen Anwen-  
dung der Gesetze muß ich verlan-  
gen, daß, falls dieses richtig ist, auch  
diese Organisationen der  
gleichen Behandlung verfallen. Ich  
übersende Ihnen anbei das mir zugegan-  
gene Material mit dem Ersuchen, es mit  
dem gleichen Ernste zu prüfen, den ich  
Ihrem Antrag entgegengebracht habe und  
mir alsbald das Ergebnis Ihrer Prüfung  
und einen entsprechenden Vorschlag vor-  
zulegen.

Mit freundlichen Grüßen  
von Hindenburg.“

von demselben Hindenburg ein Fußtritt ver-  
abfolgt, der seinen Sieg nicht zuletzt diesem  
Reichsbanner verdankt. Natürlich weiß jeder-  
mann, daß Reichsbanner und Hitlersche  
Bürgerwehr alles andere als „ähnlich geartete  
Organisationen“ sind. Sie unterscheiden sich

nicht zuletzt dadurch, daß die eine die Haken-  
kreuzfahne, die andere aber die Fahne der  
Republik schwingt. Außerdem war die  
eine Organisation bewaffnet, die andere  
nicht. Diese Unterschiede kennt jedes Kind  
und sie müßten darum auch dem Reichspräsi-  
denten nicht unbekannt sein. Wenn Hinden-  
burg darum gleichwohl die Auflösung fordert,  
so eben doch nur, weil ihm diese Unterschiede  
gleichgültig sind.

Die Tröstungen des „Vorwärts“ sind übri-  
gens auch um so unbegründeter, als die Bun-  
desleitung des Reichsbanners bereits begriffen  
hat, woher der Wind pfeift. Nicht anders ist  
das plötzliche und völlig eigenmächtige Rund-  
schreiben Hölttermanns zu verstehen, wonach  
sich das Reichsbanner künftighin „auf die propa-  
gandistische Ausgestaltung von Versammlun-  
gen“ zu beschränken habe. Das ist offenbar  
der Versuch, dem Hindenburgschen Verbot,  
das vielen Reichsbannerleuten die Aufklärung  
verschaffen müßte, die SPD und Reichsbanner  
ihnen konsequent vorenthalten, zuvorzu-  
kommen. Zu allem Ueberfluß ist der „Berliner  
Börsencourier“ bereits in der Lage, die Vor-  
geschichte dieses Rundschreibens zu erzählen.  
Nach der Darstellung des Blattes ist diese  
wie folgt:

„Der Reichsminister des Innern,

Dr. Groener, hatte gestern (nicht am Frei-  
tag) den Führer des Reichsbanners, Hölt-  
termann, zu sich gebeten, und ihn um Stel-  
lungnahme zu den in der Presse gegen das  
Reichsbanner erhobenen Vorwürfen ersucht.  
Herr Hölttermann hat dem Minister erwidert,  
daß diese Vorwürfe unbegründet seien,  
daß er aber zur Vermeidung aller Mißdeu-  
tungen bereit sei, die erforderlichen Maß-  
nahmen zu treffen.“

Mit dem Rundschreiben und den darin an-  
geordneten Maßnahmen hat das Reichsbanner  
natürlich aufgehört, das zu sein, was es bisher  
war. Der Brief Hölttermanns ist nicht mehr  
und nicht weniger als die völlige Kapitulation  
vor Hindenburg. Der Wille der Reaktion hat  
auch in diesem Punkte kampflös einen voll-  
ständigen Sieg zu verzeichnen.

Was aber hat das alles zu bedeuten? Nun,  
auch darüber herrscht vollkommene Klarheit:  
die herrschende Klasse kann keinerlei Kampf-  
wehren der Arbeiterschaft ertragen, seien sie  
noch so „staats-treu“. Der Kapitalismus  
braucht zu seiner Erhaltung weitere gewaltige  
Opfer seitens der Arbeiterschaft.

Weitere große Eingriffe in die Lebens-  
haltung der breiten Massen stehen bevor. In  
einer solchen Zeit ist jede Wehrorganisation  
der Arbeiterschaft für die herrschenden Klasse  
eine Gefahr. Dieser Ueberlegung mußte jetzt  
auch das Reichsbanner zum Opfer fallen. Es  
ist kein Trost, daß die SA auf diesem Wege  
um einige Tage vorausgegangen ist. Höchstens  
kann darin der Beweis erblickt werden,  
daß der Faschismus heute in Deutschland der-  
maßen stark ist, daß er der Hilfe der Privat-  
armee Hitlers — wie übrigens dieser selbst  
— vollkommen entraten kann.

### Die Illegalität der SA vorbereitet

SA-Verbindungen zur Polizei

TU. Darmstadt, 15. April 1932.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hatte sich bei  
den Haussuchungen bei der NSDAP in Hessen  
Material gefunden, aus dem hervorgeht, daß  
die Fortführung der SA und SS in illegaler  
Form bereits bis ins kleinste durchorganisiert  
sei. Der Polizei sei Geheimmaterial der hessi-  
schen SS-Führung in die Hände gefallen, in  
dem sich Geheimadressen und Angaben  
darüber befänden, wie die SA an den ein-  
zelnen Orten Hessens als Gesangsvereine,  
Kegelklubs, Skatklubs usw. weiter zu bestehen  
gedenke. Ferner bewiese eine Urkunde, die  
bei einem SS-Führer gefunden worden sei, die  
Bespitzelung von Amtsstellen. Es soll sich  
um einen Brief des Reichstagsabgeordneten  
Weitzel, Oberführers der Gruppe V West  
der SS in Düsseldorf, handeln, worin er den  
SS-Führern den Wortlaut wichtiger polizei-  
licher Funksprüche, die nach einem nur  
wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel  
gefunken werden, im Wortlaut mitteile.

## Die Kapitulation des Reichsbanners

Berlin, 15. April 1932.

Die Bundesleitung des Reichsbanners  
Schwarz-Rot-Gold hat an alle Gauvorstände im  
Reiche folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Kameraden! Durch Verordnung des Herrn  
Reichspräsidenten ist die nationalsozialistische  
Partei-Armee aufgelöst worden. Damit fällt  
für das Reichsbanner die Notwendigkeit fort,  
weiter in dem Bereitschaftszustand zu bleiben,  
der uns durch die Angriffsvorbereitungen der  
Nationalsozialisten aufgezwungen war. Die  
Bundesleitung ordnet demgemäß an: Im ganzen  
Reichsgebiet sind alle außerordentlichen  
Schutzmaßnahmen aufzuheben. Mit dem Fort-  
fall der unmittelbar drohenden Angriffsgefahr  
hören die besonderen Funktionen auf,  
die der Schufu und den Sonderformationen  
übertragen wurden.

In der Handhabung des Saalschutzes ist,  
wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten,  
das Hauptgewicht auf die propagandisti-  
sche Ausgestaltung der Versammlungen zu  
legen.

Vertrauen schafft Vertrauen! Das  
ganze Auftreten des Reichsbanners muß wie  
bisher unmißverständlich zum Ausdruck brin-  
gen, daß wir uns dem Staatswillen einordnen,  
die Staatsautorität stärken und stützen. Mehr  
noch: es kommt darauf an, bis in die Reihen  
unserer Gegner die Ueberzeugung zu tragen,  
daß das Reichsbanner niemals Staat im Staat

sein wollte und sein will; daß wir nie daran  
gedacht haben und nicht daran denken, gegen  
Recht und Verfassung unsere Ziele mit Gewalt  
durchzusetzen.

Mit der Wahl des Herrn Reichspräsidenten  
von Hindenburg ist ein Sieg für Verfassung  
und Demokratie erstritten, die Gefahr des  
unmittelbar drohenden Bürgerkrieges von  
Deutschland genommen. Unser Kampf um  
den inneren Frieden Deutschlands ist nicht  
umsonst gewesen. Die Phrase von der Repu-  
blik und den Republikanern, die sich nicht zu  
wehren verstehen, ist abgetan.“ Setzt das  
Werk der inneren Befriedigung Deutsch-  
lands fort, werbt für republikanische Mehr-  
heiten in den Länderparlamenten, die am  
24. April neu gewählt werden. Unsere ganze  
organisatorische und propagandistische Kraft  
setzen wir nunmehr ein für die eine große  
Aufgabe dieser Zeit: der Reichsregierung und  
allen, die guten Willens sind, zu helfen, die  
furchtbare Wirtschaftsnot zu überwinden.

Die angeordneten Maßnahmen sind durch-  
zuführen, ungeachtet des Umstandes, daß die  
beschlußfassenden Körperschaften des Reichs-  
banners mit Rücksicht auf die Länderwahlen  
erst nach dem 24. April zusammentreten kön-  
nen. Wir werden, getreu unseren Bundes-  
sätzen, weiterhin unsere Pflicht gegen  
Volk und Staat erfüllen.

Die Bundesleitung  
I. A.: gez. Hölttermann

# Her mit der Arbeiterregierung!

Für die deutsche Arbeiterschaft sind Stunden folgenreicher Entscheidungen angebrochen. Nicht nur ihre Gegenwart, sondern mehr noch ihre Zukunft steht auf dem Spiel. Allen hängt darum davon ab, daß sie im Besitz eines sicheren Kompasses ist und entschlossen der Richtung folgt, in die diesen Nadel weist. Mit ihrem Aktionsprogramm hat die SAP der Arbeiterschaft einen solchen Kompaß gegeben. In ihm ist das Kampfziel, in das die Arbeiterschaft zur Zeit gestellt ist, klar abgesteckt. Ein Reihe von Forderungen zeigen die Punkte, auf die die Arbeiterschaft, will sie nicht zwischen den Mühlrädern des Kapitalismus zerrieben werden, ihre Kräfte konzentrieren muß. Ihre Erfüllung ist ein Gebot der nackten Selbsterhaltung der Arbeiterklasse. Verzicht darauf wäre gleichbedeutend mit Verzicht auf den eigenen Existenzanspruch.

Aber kein Zweifel: Jede einzelne der angeführten Forderungen tastet heute Lebensnerven des kapitalistischen Wirtschaftssystems an. Die Krise hat den ehemals breit fließenden Profitstrom der Kapitalistenklasse vermindert. Die Erhaltung ihrer eigenen Existenz gebietet ihr die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft zu ignorieren und diese noch weiter durch Abbau der Löhne und der sozialen Einrichtungen auszuhöheln. Klasse steht gegen Klasse, die Behauptung der einen ist die wirtschaftliche Vernichtung der andern.

Damit ist zugleich das Problem der Gesellschaftsordnung selbst gestellt. Es geht nicht mehr allein um ein Mehr oder Weniger an Lohn, auch nicht um ein Mehr oder Weniger an sozialem Schutz, sondern es geht darum, welche Klasse die wirtschaftlichen Gesetze bestimmt. Mit andern Worten: der Kampf der Arbeiterschaft für die lebensnotwendigsten Forderungen muß zwangsläufig umschlagen und einmünden in einen Kampf um die politische Macht.

Das ist die Perspektive, die das Aktionsprogramm der SAP aufstellt. Es wäre indessen ein großes Versäumnis, wenn dieses sich nur auf die Aufzählung von aktuellen Forderungen beschränkte, aber vor der Konsequenz dieser Forderungen, der Frage der Macht-ergründung und ihrer Verwirklichung auswich. Aus diesem Grunde mündet das Aktionsprogramm in den Ruf: „Her mit der Arbeiterregierung!“

Aber erstrebt die SAP nicht die Diktatur des Proletariats, weil sie nur in dieser Herrschaftsform die Garantie für eine möglichst rasche, vollständige und störungslose Ueberleitung der kapitalistischen in die sozialistische erblickt und muß darum die Forderung nach der Herstellung einer Arbeiterregierung nicht verwirren? Hat es nicht bereits „Arbeiterregierungen“ gegeben und haben sie nicht alle entweder jämmerlich versagt oder aber doch schon nach wenigen Monaten ihren Platz wieder kapitalistischen Regierungen räumen müssen? Welche Sicherheiten vermag darum eine Arbeiterregierung für eine wirkliche und wirksame Wahrung der Arbeiterinteressen zu bieten, zumal doch auch die SAP selbst in ihrer Prinzipienklärung die Alternative stellt: „Sozialismus oder Untergang in die Barbarei?“

All diese und viele andere Zweifel entbehren nicht der Berechtigung und sie wären sogar zwingend, wenn die SAP sich das Zustandekommen und die Behauptung der von ihr angestrebten Arbeiterregierung nach denselben Umständen vorstellte wie etwa die „Arbeiterregierung“ im Freistaat Sachsen im Jahre 1928 oder gar in England. Denn worin bestand im tiefsten Grunde die Schwäche dieser Arbeiterregierungen und was hat sie zu bloßen — und nicht einm: ! erhebenden — Episoden in der Geschichte der Arbeiterbewegung verurteilt? Doch nur, daß sie entweder — wie in England — Ausflüsse bürgerlich-demokratischer Illusionen waren, oder aber — und das trifft auf das sächsische Beispiel zu — daß nicht die wirkliche Macht der Arbeiterschaft, sondern eine rein parlamentarische Konstellation zu ihrer Grundlage gemacht wurde.

Das Aktionsprogramm der SAP versperrt all diese Illusionen von vornherein den Weg. Es ruft wohl „Her mit der Arbeiterregierung“, fragt aber sofort ausdrücklich hinzu: „Eine Arbeiterregierung kann sich nicht stützen auf das Parlament und parlamentarische Koalitionen. Ihre Macht muß sich aufbauen auf den Organisationen und Kampforganen der Arbeiterklasse, auf revolutionären Arbeiterräten, den proletarischen Wehrverbänden, den Kampfverbänden rebellierender Mittelschichten und Kleinbauern, die gegen den Faschismus stehen.“ Damit ist auch jedes Mißverständnis darüber ausgeschlossen, daß die SAP die Bildung einer Arbeiterregierung nicht als das Ergebnis eines parlamentarischen Handels von Arbeiterparteien, sondern als eine Maßnahme begreift, die sich zwangsläufig aus den Kämpfen der Arbeiterschaft um Lohn, Arbeitszeit, Sozialschutz, Steuererleichterung usw. ergibt. Mit andern Worten: die Arbeiterregierung ist im Stadium der Auseinandersetzungen um die Gegenwartsinteressen des Proletariats die zen-

trale Zusammenfassung all der im Proletariat und der mit ihm sympathisierenden Bevölkerungsschichten lebendigen Kräfte, der die Aufgabe gestellt ist, die Durchführung all derjenigen Forderungen zu sichern, für die die Arbeiterschaft in den Kampf getreten ist. Sie ist Ausdruck einer bereits zu hoher Entfaltung gelangten Macht der Arbeiterschaft als Klasse und kann darum auch nur zu einem Zeitpunkt ins Leben treten, wo die Macht der jetzt herrschenden Klasse bereits ins Wanken geraten ist.

Erscheint so die Arbeiterregierung gewissermaßen als der Abschluß und die Krönung eines Stadiums erfolgreicher Kämpfe um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, so ist und kann sie im geschichtlichen Ablauf zugleich auch gar nichts anderes sein als der Beginn einer neuen Kampfperiode, denn muß schon ihr Zustand die Kapitalistenklasse zu ständigen Angriffen unter Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel herausfordern — angefangen von der Sabotage bis zur bewaffneten Auseinandersetzung — so noch mehr die Tatsache, daß eine solche Arbeiterregierung in der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu einschneidenden Eingriffen in das kapitalistische Wirtschaftssystem, vor allem in das Privateigentum gezwungen wird. Damit rückt das Stadium heran, in dem sich auch die Frage der künftigen ge-

ellschaftlichen Ordnung entscheiden muß. Das ist zugleich aber auch das Stadium, in dem die Klassenkämpfe ihre höchste Steigerung erfahren und wo darum auch diejenigen Teile der Arbeiterschaft — und sie liegen nicht leicht —, die heute noch nicht bereit oder fähig sind, die letzten Konsequenzen all dieser Auseinandersetzungen zu ziehen, die Notwendigkeit der Umwandlung der Arbeiterregierung in die Diktaturherrschaft der Arbeiterklasse begreifen lernen.

Auch diese weitere Entwicklung, in der erst endgültig die Arbeiterschaft zusammengeschweißt wird, ist in dem Aktionsprogramm vorausblickend skizziert: „Eine solche Arbeiterregierung kann kein Dauerzustand sein. Im Kampf um die Behauptung der eroberten Positionen wird die Arbeiterklasse weiter-schreiten müssen zum vollkommenen Sturz der Bourgeoisie, zur Diktatur des Proletariats.“

Aus alledem ergibt sich von selbst, daß unsere Forderung „Her mit der Arbeiterregierung“ niemals als parlamentarische Wahlparole in Frage kommt. Stimmzettel — und sei ihre Zahl noch so gewaltig — entbehren der notwendigen Tragfähigkeit. Wenn wir trotzdem den Ruf nach ihr ausstoßen, so zu dem alleinigen Zweck, ein sichtbares Ziel anzugeben, auf das die Arbeiterschaft ihre Kämpfe ausrichten muß.

## Brüning in Genf

TU. Genf, 15. April 1932.

Reichskanzler Brüning ist Freitagabend gegen 18 Uhr in Begleitung des Leiters der Reichspressstelle, Zechlin, und Oberregierungsrats Plank von Lausanne aus im Automobil in Genf eingetroffen, und ist im Hotel Metropole, dem Sitz der deutschen Abordnung, abgestiegen. Staatssekretär von Bülow war mit einigen Herren des Auswärtigen Amtes dem Reichskanzler im Automobil bis Lausanne entgegengefahren. Die Dauer des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Genf wird von deutscher Seite auf zehn bis vierzehn Tage geschätzt. Anfang nächster Woche wird der Reichskanzler mit den zur Abrüstungskonferenz anwesenden führenden Staatsmännern der Großmächte Gelegenheit zu eingehenden Verhandlungen haben, in denen nach Auffassung maßgebender Kreise die Reparationsfrage, die Abrüstungsfrage und die Donaufrage im Vordergrund stehen werden. Der Reichskanzler beabsichtigt, in jedem Falle bis zum Eintreffen des englischen Ministerpräsidenten MacDonald in Genf zu bleiben. Nach Mitteilung von englischer Seite wird MacDonald sogleich nach der am 20. April stattfindenden Haushaltsaussprache im Unterhaus nach Genf abreisen und einige Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Am Sonnabend fand auf Einladung des Reichskanzlers ein Frühstück zur Erinnerung an den zehnten Jahrestag des Abschlusses des Vertrages von Rapallo statt. An dem Frühstück nahmen von deutscher Seite der Reichskanzler, Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Dr. Meyer, von sowjetrussischer Seite Litwinow und Lunatscharski teil.

## Keine allgemeine Aussprache mehr

TU. Genf, 15. April 1932.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, dem 14 Mächte, darunter sämtliche Großmächte, angehören, verhandelte am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz von Henderson in einer längeren Sitzung über die jetzt unvermeidlich gewordenen Entscheidungen in den grundsätzlichen Fragen der Abrüstung. Es wurde beschlossen, daß eine allgemeine Aussprache nicht mehr stattfinden soll. Das Präsidium nahm ein vom Hauptberichterstatler Benesch ausgearbeitetes Verhandlungsprogramm an und beschloß, die auf dem Programm festgelegten grundsätzlichen Fragen der Reihe nach zu behandeln.

Der russische Außenkommissar Litwinow verlangte, daß die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge als erster Punkt zur Behandlung gelangen, jedoch beschloß das Präsidium, daß die sowjetrussischen wie auch die französischen Abrüstungsvorschläge gesondert bei den einzelnen grundsätzlichen Punkten des Programms behandelt werden sollen.

Der Hauptausschuß der Konferenz ist zu Montag nachmittag einberufen worden. Von Anfang der nächsten Woche an sollen jetzt ununterbrochen Verhandlungen im Hauptausschuß über die gesamten grundsätzlichen Fragen nach dem neuen heute angenommenen Programm angefangen werden. An diesen Verhandlungen werden Brüning, Tardieu, Stimson, Grandi sowie Ende der Woche auch Mac Donald teilnehmen.

## Drei Kreuger-Direktoren verhaftet

TU. Stockholm, 15. April 1932.

Auf Anzeige der A. B. Kreuger & Toll sowie der schwedischen Kriminalpolizei sind am Freitag die ersten Verhaftungen vorgenommen worden. Es wurden verhaftet Direktor Karl Lange (jetzt Direktor des Stockholmer Hotels Gillet), Bankdirektor Sven Hult und Direktor Viktor Holm. Diese drei Personen werden beschuldigt, Ivar Kreuger behilflich gewesen zu sein, vorgetäuschte Einkünfte und Aktiva zu schaffen.

## Immer neue Enthüllungen

TU. Stockholm, 16. April 1932.

Die Verhaftung der drei in die Kreuger-Betrügereien verwickelten Direktoren hat wiederum zu ganz aufsehenerregenden Enthüllungen geführt. Die drei Direktoren sind Kreuger behilflich gewesen, Luftfirmen zu gründen, die riesige Verpflichtungen übernahmen, ohne daß irgendwelche Deckung vorhanden war.

Millionengewinne wurden registriert, Banken und Gesellschaften aufgeführt, die überhaupt nicht bestanden.

Unter anderem wurden in einem Vertrag mit Primo de Rivera Riesengewinne ausgewiesen. Die wichtigste Rolle spielten hierbei u. a. die mystischen ausländischen Tochter-

gesellschaften, besonders N. V. Finanzielle Maatschappij Garants in Amsterdam.

Die phantastisch klingenden Meldungen über die Fälschung der italienischen Staatsobligationen sind nunmehr in allen wesentlichen Einzelheiten klargestellt. Nach „Dagens Nyheter“ sind die falschen Papiere in der Druckerei Bortzell in Stockholm angefertigt worden. Ivar Kreuger hatte selbst die Bestimmung ausgegeben und die Druckplatten mitgebracht. Er hatte unbedingte Verschwiegenheit eingeschärft. Die Namensunterschriften auf den Obligationen sind, wie durch Schriftsachverständige festgestellt wurde, gleichfalls von Kreuger selbst angefertigt worden. In den Geheimgewölbten Kreugers hat man sowohl die Platten, wie die Adresse des italienischen Graveurs aufgefunden, der sie angefertigt hat.

Das erwartete Communiqué, durch das man im besonderen einen Ueberblick über die Stellung von Svenska Tändsticks und L. M. Ericsson zu bekommen hoffte, ist auf unbestimmte Zeit aufgeschoben worden. Nur die Chefredakteure der Stockholmer Zeitungen erhielten gewisse vertrauliche Mitteilungen unter der Voraussetzung, sie nicht zu veröffentlichen. „Svenska Dagbladet“ übt hieran in folgender Form Kritik: „Es läßt sich sagen, daß die Mitteilung beruhigenden Charakter hatte und daß um so mehr Grund vorhanden war, die Erlaubnis zur Veröffentlichung, zum mindesten gewisser Teile der Auskünfte, zu geben.“ Auch andere Zeitungen kritisieren die Geheimnistuerei, die zu vielen unkontrollierbaren Gerüchten geführt hat.

## Weiterführung der SA im freiwilligen Arbeitsdienst

TU. Essen, 15. April 1932.

In einer von der Westfront „Junge Rechte“ veranstalteten Pressesprechung sprach am Freitag Reichsverkehrsminister Treviranus zur Preußenwahl. Treviranus ging auf das SA-Verbot ein. Die Entscheidung sei ausschließlich vom Gesichtspunkt der Staatsautorität zu fallen gewesen. Da die bayerische Staatsregierung bereits vor geraumer Zeit auf Grund der ihr vorliegenden Materials den Beschluß gefaßt habe, das SA-Verbot in Bayern durchzuführen, sei lediglich die Frage zu entscheiden gewesen, wann ein solches für notwendig erachtetes Verbot durchzuführen sei. Die nationalsozialistische Führung werde außerordentlich dankbar sein (!) für die Beseitigung dieses Unruheherdes innerhalb der eigenen Reihen, ganz abgesehen von der großen finanziellen Ersparnis.

Er sei kein Anhänger negativer Verbotspraxis oder doch nur insoweit, als der Staat gleichzeitig einen positiven Ersatz für die unterbundenen Betätigungsmöglichkeiten schaffe, wie er sie im freiwilligen Arbeitsdienst erblicke. Die nächste Woche werde voraussichtlich die Entscheidung bringen, in welchem Maße die Möglichkeiten eines freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeschöpft werden können.

Also Ueberführung der SA in den freiwilligen Arbeitsdienst. Das würde praktisch bedeuten, daß die SA-Horde beieinander bleiben und damit nach wie vor als geschlossene Hitlergardien wirken. Der Unterschied wäre nur der, daß sie nicht mehr von Hitler, sondern — vom Staat bezahlt und unterhalten werden.

## Der Reichsgerichtshof soll helfen

TU. München, 16. April 1932.

Rechtsanwalt Dr. Frank II. München hat heute für Adolf Hitler und die Reichsleitung, der NSDAP sowie die Gauleiter der NSDAP Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig gegen das Deutsche Reich — vertreten durch den Innenminister Groener und die Freistaaten Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen — eingereicht in der Verfassungstreitigkeit: Auflösung der SA und SS sowie des Verbots der Hitler-Jugend in Berlin.

Gleichzeitig mit der Klage wurde von Dr. Frank II gegen die genannten Länder Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt, wonach sämtliche Maßnahmen zum Vollzuge dieser Notverordnung zur Auflösung der SA bis zur Entscheidung über die Klage weiterhin einzustellen sind.

## Arbeitslosenkrawalle in Neuseeland

In Auckland brachen am Donnerstag große Arbeitslosenunruhen aus, wobei sämtliche Fensterscheiben in den Hauptgeschäftstraßen zertrümmert wurden, viele Läden wurden vollkommen ausgeplündert.

Zunächst zog ein Trupp von Beamten durch die Straßen, um eine Kundgebung gegen die neue Lohn- und Gehaltskürzung in Höhe von 10 Prozent zu veranstalten. Nach und nach schlossen sich viele Arbeitslose an, so daß der Zug auf mehrere tausend Personen anwuchs, als er die Hauptgeschäftstraßen erreichte. Plötzlich begannen Arbeitslose die Schaufenster einzuwerfen. In kurzer Zeit war im Zentrum der Stadt kein Fenster mehr ganz. Darauf stürmte die Menge unter der Führung von Mädchen und Frauen mit lautem Geschrei die Geschäfte und plünderte sie. Viele Personen trugen Verletzungen davon. Mehrere Schutzleute wurden schwer mißhandelt. Die Erregung steigerte sich noch, als die Menge mehrere Likörgeschäfte plünderte und viele Leute betrunken wurden.

Nachdem die Polizei vollkommen in die Enge getrieben worden war, wurden sämtliche Matrosen eines im Hafen liegenden Übungskreuzers an Land befohlen, um die Ordnung wieder herzustellen. Auch die Feuerwehr wurde zu diesem Zweck eingesetzt. Der Bürgermeister forderte die Bürger im Rundfunk auf, sich auf den Polizeistationen zu versammeln und eine Bürgerwehr zu bilden. Erst nach vier Stunden konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

## Eine Kirche in Brand gesteckt

TU. Wellington (Neuseeland),

15. April 1932.

Während der Arbeitslosenunruhen in Auckland, die drei Stunden lang andauerten, setzten die Demonstranten eine Kirche in Brand. Das Feuer richtete großen Schaden an. Der Bürgermeister versuchte die Menge zu beruhigen. Er wurde jedoch niedergeschrien.



# Die vom Reisen leben . . . Von David Stein

Die Tatsache, daß sich die Aktienmajorität des Mitteleuropäischen Reisebüros im Besitz der Deutschen Reichsbahngesellschaft befindet, ist Beweis genug dafür, daß die Reichsbahn die Machtdomäne und den Wirkungskreis des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) nicht unterschätzt.

In Deutschland hat die Institution der Reisebüros erst nach dem Weltkriege festen Fuß fassen können. Damals wurde in breiteren Bevölkerungsschichten das Interesse am Ausland wach. Jahrelang hatten die Soldaten in Dreck und Granattrichtern gelegen, hatten auf unbekannte Menschen geschossen, waren durch fremde Städte, brandschatzend und plündernd, gezogen. Nun wollten sie das wirkliche Gesicht des Auslandes kennenlernen. Als sich die Grenzen wieder öffneten, setzte spontan die touristische Expansion ein.

Der Kapitalismus hat seit seinem Bestehen noch nie eine Gelegenheit, Profite zu machen, ungenutzt gelassen. Die Reiselust und der Drang nach dem Auslande boten glänzende Möglichkeiten zu kapitalistischen Investitionen. Hatte die Rüstungsindustrie Millionen und aber Millionen an Völkermord verdient, so ließen sich jetzt wenigstens Hunderttausende mit Reisen nach den Kriegsgräbern und Schlachtfeldern einheimen.

Jeder einmal in dem Trümmerhaufen Verdun! Wer das Gruseln lernen will, der schließe sich einer Gesellschaftsreise nach Fort Douaumont oder Vaux an. Da wachsen die Menschenknochen, ja, wundervoll erhaltene Skelette, aus der Erde. Die Kalkfelder der Champagne konservieren sogar Haut und Haar und Fleischreste unserer tapferen Krieger, die mit ihren Leibern die Grenzen vor der Invasion durch die Barbaren geschützt haben. Allein die Pietät vor den gefallenen Soldaten macht es jedem Heimkrieger zur Ehrenpflicht, die Schlachtfelder und Leichenschauhäuser wenigstens nachträglich sich anzuschauen und Heldenverehrung zu mimen. Für einen Dreck gefallen? Ich bitte Sie! Hier können Sie als Andenken auch einen Originaltotenschädel — sehen Sie, hier: Kopfschuß! — für Ihren Schreibtisch mit nach Hause nehmen . . .

Die Reisebüros haben damals die Reste von dem gegessen, was ihnen die Mordindustrie gelassen hatte.

Das moderne Reisebüro hat indessen seinen Aufgabenkreis bedeutend erweitert.

Das MER, dessen Zentrale in Berlin ist, hat eine ungeheure, in allen Städten Mitteleuropas verankerte, Organisation geschaffen. Seine Monopolstellung sichert ihm einen diktatorischen Einfluß auf alle Reisegebiete des mittleren Europa. Bekannt geworden ist die Erpressungsaffäre auf die Zugspitzbahngesellschaft. Große Hotelkonzerne stehen in mittelbarer Abhängigkeit vom MER. Seitdem der Fremdenverkehr zu einer bedeutsamen Industrie geworden ist, ist diese in vielen Gebieten, besonders Oesterreichs und der Schweiz, auf Gedeih und Verderb mit der Organisation des MER verbunden. Eine Privatbahn, die sich weigern würde, zum MER in vertragliche Beziehungen zu treten, könnte glattweg auf dem Wege des Boykotts ausgehungert werden. Die großen Schiffahrtsgesellschaften stehen in direkter Union mit dem MER. Vor allem sind deren Stützpunkte in der Provinz gleichzeitig Agenturen des Mitteleuropäischen Reisebüros. Das MER ist in Deutschland die einzige Organisation, die zum Verkauf amtlicher Fahrkarten für die Eisenbahn konzessioniert ist. MER-Reisechecks und -Reisekreditbriefe werden von jeder Bank in der ganzen Welt honoriert, MER-Gutscheine werden zur Verrechnung von jedem Transportunternehmen und Hotel angenommen. Das MER ist eine privatkapitalistische Macht von riesigem Umfang. Die Durchbrechung der Grenzsperr, die eine Folge einer der Notverordnungen war, ist dem MER durch seinen Einfluß seinerzeit in erster Linie gelungen.

Worauf erstrecken sich nun die Aufgaben des Mitteleuropäischen Reisebüros?

Scharf von einander getrennt werden müssen amtliche, zum Fahrkartenverkauf befugte, und nicht amtliche Büros, welche sich hauptsächlich mit der Organisation von Gesellschaftsreisen befassen und die Fahrkarten von den amtlichen Büros beziehen müssen. Gegen diese führt der Syndikus Kolanowski vom „Verband deutscher Reisebüros“ bereits seit Jahren einen erbitterten Kampf, er verlangt gesetzlichen Schutz für den Begriff „Reisebüro“, angeblich, weil diese Auch-Reisebüros, die sich bei Gelegenheit als Schwindelunternehmen entpuppten, das Ansehen der amtlichen Büros schädigen.

Das amtliche Reisebüro, also jede MER-Stelle, erteilt zunächst einmal über jede Reiseangelegenheit „nach bestem Wissen und Ge-

wissen“ kostenlose, unverbindliche Auskunft.

Du erfährst Schiffverbindungen auf dem Nil und in der Ostsee, man informiert dich über die Fahrzeiten der Hapag, der Red Star Line, der United States Lines bis zur Nippon-Yuson-Kalaha. Du wirst unterrichtet über die Verbindungen nach dem Fernen Osten, sei es nun, daß du die weitere Strecke mit dem Dampfer durch den Suezkanal oder die kürzere über New York—San Francisco oder die mit dem Transibirischen Express über Moskau wünschst.

Willst du einen Sonntagsausflug machen von Berlin nach Rheinsberg oder eine Geschäftsreise von Amsterdam nach Zürich mit dem Rheingold-Express oder eine Fahrt von Paris nach Stambul im Simplon-Orient-Express? Im Reisebüro erfährst du die Zeiten und Verkehrstage.

Heißt du Adolf Hitler und verfügst über die nötigen schwerindustriellen Gelder, — so kannst du durch Vermittlung eines Reisebüros ein Flugzeug zu für gewöhnliche Sterbliche unerreichlichen Preisen mieten und in die Kreuz und Quer damit über Deutschland fliegen.

Autoverbindungen von Freiburg nach Titi-see oder durch die Sahara: das Reisebüro gibt dir Auskunft über Preise und Verbindungen.

Du benötigst Informationen über die Verkehrszeiten eines Fahr Schiffes auf der unteren Weser oder des Trajekts von Saßnitz nach Trälleborg: das Reisebüro besitzt die Unterlagen.

Diese Auskünfte, gleichgültig, in welcher Kultursprache du sie verlangst, bekommst du kostenlos. Wie ist das möglich?

Reisebüros sind Provisionsgeschäfte. Du erhältst jede Fahrkarte, ohne Kostenaufschlag, zum amtlichen Preis. Das Reisebüro bekommt dafür von den Transportgesellschaften, Hotels und Theatern einen bestimmten Provisionsatz. Bei den Fahrkarten der Reichsbahn schwankt er, je nach Klasse, zwischen 6 bis 8 vH. In diesen Gewinn teilen sich die Zentrale des MER in Berlin (die dafür den Verwaltungsapparat bewältigt, Druck- und Werbungskosten trägt) und die betreffende Agentur, die den Verkauf gemacht hat. Die Schiffahrtsgesellschaften zahlen eine Provision von 5 bis 7½ vH, und die Hotels gar von 10 vH.

Die Gesellschafts- und Pauschalreisen pflegen die größten Gewinne zu erzielen.

Der Kunde, meistens handelt es sich um der fremden Sprache Unkundige, will eine Reise ins Ausland machen. Er gibt sein Ziel an, die Orte, die er auf seiner Reise berühren möchte, die Hotelkategorie, auf die er reflektiert, die Wagenklasse, in der er fahren will, — und die Summe Geldes, die ihm zur Verfügung steht.

Der Reisebüroangestellte stellt ein genaues Programm auf mit Tageseinteilung, Besuchs-schriften usw. Der Reisende weiß genau: am Dienstag besteige ich den Schlafwagen in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof nach München—Verona—Rom. Mittwoch abend Ankunft Roma Termini, Empfang durch den Dolmetscher, Donnerstag früh Stadtbesichtigung. In drei Wochen nachmittags um 4 Uhr bewundert er das griechische Theater in Syrakus, und in 35 Tagen kommt er wieder auf dem Anhalter Bahnhof an. Alle Transportgesellschaften sind benachrichtigt, sind im Besitz der Kopie eines Gutscheins, den der Reisende in Zahlung gibt. Die gesamte Reise ist vor Abfahrt, einschließlich aller Trinkgelder im Schlafwagen und aller Bedienungsgelder beim Hotelpartier, bezahlt. An diesen Reisen verdienen die Büros selbstverständlich große Summen. Sie sind ja nicht verpflichtet, dem Reisenden eine spezifizierete Rechnung vorzulegen. Jeder Einzelbetrag, der ohnehin bereits eine Provisionsquote enthält, wird nach oben abgerundet, für „Unkosten“ wird auf die Gesamtsumme mindestens ein Viertel des Betrages aufgeschlagen, so daß sich der Gesamtverdienst bei einer Pauschalreise auf etwa ein Drittel der zahlbaren Summe beläuft.

Wie hat sich nun der Arbeiter den deutschen Reisebüros gegenüber zu verhalten? Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß ein Betriebsarbeiter, der sich im Jahr noch eine bescheidene Urlaubsreise leisten kann, schon aus finanziellen Gründen nicht „pauschal“ reist, also auch nicht Gefahr läuft, in der geschilderten Weise geneppt zu werden.

Der Arbeiter und kleine Angestellte beteiligt sich im allgemeinen an den sogenannten Gesellschaftsreisen. Es muß hier mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt werden, daß diese Gesellschaftsreisen irgendwie eine Verbilligung gegenüber Alleinreisen darstellen. Die Ermäßigungen, die die Eisenbahngesellschaften größeren, geschlossen reisenden Gruppen gewähren, werden aufgezogen von dem nicht unerheblichen Profit des Reiseveranstalters.

Der organisierte Arbeiter schließe sich den von seiner Gewerkschaft veranstalteten Gesellschaftsreisen an, nur dann ist er der Gefahr entzogen, von Privatunternehmen geneppt zu werden.

Das setzt aber eine Bedingung voraus. Der Verfasser dieses Aufsatzes ist in der Lage, festzustellen, daß es Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die ihren gesamten Fahrkartenverkauf in an sich arbeiterfeindlich eingestellten Reisebüros decken, nur weil diese dem betreffenden Gewerkschaftsvertreter privatem eine Superprovision einräumen. Diese Praktiken pflegt man mit dem nicht mißverständlichen Wort „Korruption“ zu bezeichnen.

Solange die Direktionen des Norddeutschen Lloyds und der Hamburg-Amerika-Linie eine Personalpolitik trei-

ben wie bisher, sind diese Firmen als arbeiterfeindlich anzusehen und von der Arbeiterschaft zu boykottieren. Leute nur deshalb einzustellen, weil sie Offiziere waren, weil sie Aristokraten sind und weil sie mit irgendeinem Direktor verwandt sind und gleichzeitig Leute nur deshalb abzubauen, weil sie in dieser Hinsicht nicht ausgezeichnet sind: das sind Gründe für den Klassenbewußten Arbeiter, sich der Reisebüros des Lloyds und der Hapag nicht zu bedienen. Ja, es ist sogar erlaubt, daß in diesen Büros von dem Personal Hakenkreuze und SA-Abzeichen ostentativ getragen werden. Erst am Freitag brachte die „B.Z. am Mittag“ eine aus zuverlässiger Quelle stammende Mitteilung, daß die Hapag vor wenigen Wochen erst 120 000 Mark der Hitlerbewegung hat zugute kommen lassen. Boykott: das trifft sie am schwersten!

Und die Arbeiter haben die Pflicht, ihren Gewerkschaftsfunktionären mehr auf die Finger zu sehen!

## Vulkanausbrüche ohne Ende

Buenos Aires, 16. April 1932.

Der Vulkan Las Zanja in der nordargentinischen Provinz Salto, der bisher als erloschen betrachtet wurde, ist am Freitag plötzlich in Tätigkeit getreten. Ein Hagel von ausgeworfenen Steinen ergoß sich über das in der Nähe gelegene Dorf Chiana, dessen Bewohner in eine große Panik gerieten, die durch mehrere starke Erdstöße hervorgerufen wurde. Auch in Südargentinien ist der Vulkan Las Yeguas wieder in Tätigkeit. Auch von Quilino in der Provinz Cordoba und von La Rioja werden starke Erdstöße und unterirdische Geräusche gemeldet. Wie ein im Dienst der chilenischen Regierung stehender Meteorologe erklärte, sind die jetzigen Vulkanausbrüche in den Anden nur als Vorspiel einer großen vulkanischen Krise zu betrachten, die von Erdschütterungen starken Ausmaßes begleitet sein wird.

\*

## Auch der Merapi wieder in Tätigkeit

London, 16. April 1932.

Im Djokdjokarta-Distrikt auf Java ist die Bevölkerung in größte Bedrängnis geraten, durch einen Ausbruch des Vulkans Merapi und gleichzeitige furchtbare Gewitterregen, die große Ueberschwemmungen und Erdstöße zur Folge hatten. Die ungeheuren, von dem Vulkan ausgehenden Lavamengen und riesige Erdmassen sind durch die Regenflut auf das tiefer behaute Land hinuntergespült worden. Viele Gebäude sind eingestürzt und lange Strecken der Eisenbahn zerstört worden. Der Fluß Kalibatang ist über seine Ufer getreten und steht fast zwei Meter hoch über den Eisenbahnschienen.

## Langstreckenflugversuch im Windmühlenflugzeug

Kapstadt, 16. April 1932.

Der Flieger Tuckel flog am Freitag mit einem Windmühlenflugzeug von Kapstadt nach England ab. Er will damit den ersten Langstreckenflug Kapstadt—England mit einer solchen Maschine durchführen.

## Knabenmörder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Düsseldorf, 16. April 1932.

Das Düsseldorfer Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Arbeiter Paul Bischoff aus Düsseldorf wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem Kinde unter 14 Jahren mit Todeserfolg zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Bischoff hatte im Juni 1928 den achtjährigen Schüler der Wee in seine Wohnung gelockt, ihn in unmenschlicher Weise mißbraucht und ihn dabei durch einen Knebel und durch Umwickeln des Halses mit einem Hemd getötet.

## Blutschuld des Kapitalismus

Spremberg, 16. April 1932.

In den Morgenstunden fand man die Witwe Wanne in ihrer Wohnung tot auf. Sie hatte ihrem Leben durch Gas ein Ende gemacht. Ihre drei Kinder, die sehr schwer gasvergiftet sind, hofft man am Leben erhalten zu können. Man nimmt an, daß es schlechte wirtschaftliche Verhältnisse sind, die Frau W. zu ihrer Verzweiflungstat getrieben haben.

## Dazu haben wir Geld



In Swinemünde fand ein großer Flottentag statt, an dem fast die gesamte deutsche Reichsmarine teilnahm. Der Spaß hat Tausende gekostet.

Für so was haben wir bekanntlich immer Geld. Wenn es gar nicht anders geht, dann werden die Stempelgroschen der Erwerbalosen eben wieder mal gekürzt. Nach den Preußenwahlen soll ja ohnedies eine neue „Reform“ der Arbeitslosenversicherung kommen.

Wer für diese Sorte Politik kein Verständnis hat, wei will, daß damit gebrochen und eine saubere, sozialistische Politik getrieben wird, der bekunde das dadurch, daß er am 24. April zur Preußenwahl seine Stimme der Liste 18 der SAP gibt.



# Rundfunk und Arbeiterklasse

Von Joh. G. Schneider



## Der Arbeiterkongress im Rundfunk

Dr. Arons, der Wirtschaftstheoretiker des ADGB, spricht an Stelle seines Parteifreundes Joachim in der Stunde der Arbeit über den Arbeiterkongress des ADGB. Es war eine konzentrierte Kundgebung, kein beratender Kongress, sagte Arons. Aus diesem Grunde habe man auch von allen Angriffen gegen das bestehende Wirtschaftssystem Abstand genommen (?) und alles beiseite gelassen, was vom Thema hätte ablenken können!

Es stellte sich denn auch gleich heraus, weshalb die Gewerkschaften Arbeit beschaffen wollen: „Die Gewerkschaften müssen ihre Kassen entlasten, sonst sei der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem man die Leistungen empfindlich reduzieren müsse.“ Und der weitere Grund — nach Lepart — ist der Wunsch, einer weiteren Radikalisierung der Massen durch Arbeitbeschaffung vorzubeugen.

Zur Frage der Finanzierung: Einzelheiten hätten sich zur Debatte, ja auch nur zur Berichterstattung auf dem Kongress nicht geeignet, „das müsse einem kleineren Kreis vorbehalten bleiben!“ Immerhin verriet Arons soviel: Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer sind heranzuziehen, Prämienanleihen aufzulegen, Ersparnisse der Versicherungsträger zu benützen und von den Banken Verschüsse gegen — nicht näher beschriebene — Sicherheiten zu verlangen.

Mit der Feststellung, daß die Gewerkschaften, wie von niemand bestritten, erklärte Arons zugleich die Vorwürfe gegen den W-T-B-Plan, der nicht inflationstisch sei. Merkwürdige Methoden sind das fürwahr. Was man nicht wünscht, das ist nicht vorhanden. Punktum.

Besonders stolz wies Arons darauf hin, daß Stegerwald die Verkürzung der Arbeitszeit, wenn es nicht gütlich ginge, durch eine Notverordnung erzwingen wolle. Dieses Versprechen erinnert lebhaft an die Regierungserklärung zur 4. Notverordnung, in der auch manches der SPD versprochen wurde...

Wenn der klägliche Eindruck der „konzentrierten Kundgebung“ noch unterstrichen werden mußte: Arons hat es in seinem Vortrag auf der „Deutschen Welle“ gründlich besorgt! — el.

## Herunter mit den Rundfunkgebühren!

Von Januar bis März 1932 hat die Zahl der deutschen Funkhörer nach neuester amtlicher Bekanntgabe um 178 688 Teilnehmer zugenommen. Die Gesamtzahl der deutschen Hörer beläuft sich somit auf 4 168 440 Teilnehmer. Davon haben 866 887 Gebührenerlaubnis. Angesichts dieser Riesenzahl ist die Forderung: Herunter mit den Rundfunkgebühren! mit jedem Tag berechtigter.

### Entstehung

Die ursprünglichsten Formen der Vermittlung von Nachrichten über weite Entfernungen (ausgenommen die rein persönlichen Übermittlungen von Botschaften oder sonstigen Mitteilungen) waren drahtlose Einrichtungen. Es waren Lichtsignale oder Schallsignale. So reichten schon weit bis in die Zeit vor unserer Zeitrechnung die so von unsern Vorfahren geschaffenen Verbindungen. Als die Stadt Troja fiel (etwa 1200 vor unserer Zeitrechnung), wurde die Nachricht längs der Küste den ägäischen Meeres nach Griechenland vermittels Licht-Funkspruch weitergegeben. Viele Negerstämme haben bekanntlich als Nachrichtenübermittlung verschiedene Trommelanlagen, die einige Kilometer weit reichen.

Die ersten primitiven Versuche zur drahtlosen Vermittlung finden wir also schon frühzeitig bei den Menschen. Im Jahre 1890 erfand der Russe Popoff die Antenne, einen in die Luft ragenden Draht zum Ausstrahlen und Auffangen der elektrischen Wellen. Weiter wurde experimentiert, die bisherigen erfundenen Apparate folgte der Erfinder Marconi 1896 zusammen und ging nach London, um seine gewonnenen Ideen dort auszuführen. Die große Wichtigkeit der Erfindung veranlaßte die Marineverwaltung von England, Marconi in seinen Bestrebungen zu unterstützen. England war es auch, das die ersten größeren Sender aufwies. Es waren zwei private Sender, die meist nur Unterhaltungs- und Tanzmusik verbreiteten.

Schließlich war es Deutschland, das die neue Erfindung im Jahre 1923 für sich in größerem Maßstabe verwertete. Ein großer Kampf entspann sich unter den privaten Interessenten. Zwei Parteien legten auf ihren Einfluß auf den Rundfunk besonderes Gewicht, als der neue Sender in Berlin eröffnet wurde: die Elektroindustrie und eine Gruppe von Wirtschaftspolitikern.

Die Gruppe der Wirtschaftspolitikern wurde geführt von dem Generalkonsul Roselius, der außer den etlichen durch koffeinfreien Kaffee verdienten Millionen noch das Flasko der deutschen Auslandspropaganda des Weltkrieges als seinen Erfolg buchen kann. Er hatte die ehrgeizige Idee, einen großen ausgedehnten Propagandaapparat aufzuziehen, der den Aether annekieren sollte.

Die Elektroindustrie wollte unbedingt vordringen. Für sie blühte das große Geschäft. Allmählich gingen die anderen Staaten Europas daran, sich nach dem Vorbild Englands ebenfalls einige Sender anzuschaffen. In Deutschland wurde in aller Stille Geld bereitgestellt, so standen 1924, also nach einem Jahr der Errichtung des ersten deutschen Senders in Berlin, 12, und 1925 schon 19 Stationen zum Betrieb da. Die Industrie hatte gesiegt. Sie verdiente dabei, denn sie hatte Arbeit. In Deutschland wuchs der Funkbetrieb gewaltig, Deutschland bot so ein Paroli den außerdeutschen Ländern.

Die übrigen Länder waren so von den deutschen Sendern in den Schatten gestellt. Im Ausland konnte man deutsche Sender hören, jeder Rundfunkhörer empfing zu da-

maller Zeit meist nur deutsche Sender. Deutsche Vorträge und deutsche Nachrichten beherrschten die Luft auch über die Grenzen Deutschlands.

Aber auch das Ausland wußte sich in die Situation zu schleiken, der Bau von neuen größeren Stationen begann. Die Staaten fingen zu bauen an. Die Sonderzahl wuchs und mit ihnen auch die Stärke. So begann sich ein regelrechter Aetherkrieg auszuwachsen. Die einzelnen Stationen wurden in ihrer Stärke verdoppelt, sie brüllten am Ende fünfmal so laut wie vorher. Deutschland errichtete besonders gern seine Sender an den Landesgrenzen, der Wille zu deutschen Propagandamöglichkeiten bekam hier offensichtlich die Konzessionen. Das Ende dieses Aetherkrieges sollte die „Union internationale de radiophonie“, die in Genf ihren Sitz hat, bringen. Sie stellt den Bund der Sendegesellschaften dar, somit ist die Radioindustrie zu einem internationalen Ring geschlossen. Aber der Kampf gegeneinander geht trotzdem weiter. Die „Internationale der Rundfunkgesellschaften“ ist geschaffen, um, wie es heißt, „die allen Sendegesellschaften gemeinsamen Interessen zu fördern, Fragen zu erörtern und zu klären“. Dazu gehört auch die Programmgestaltung. Aber vorerst war noch wichtiger die Wellenverteilung auf die einzelnen Länder sowie die in Frage kommenden Sendevorschriften. Alle diese Vereinbarungen wurden mehr oder weniger zufriedenstellend für die jeweiligen Staaten getroffen. Aber trotzdem

geht der Kampf um die Vorherrschaft über den Aether weiter. So wie alle Verträge rivalisierender Mächte nur Papier sind, solange der Wille von den Machthabern nicht zur unbedingten Einhaltung besteht, so ist auch die „Union internationale de radiophonie“ eine Interessengemeinschaft der direkt beteiligten Interessenten und nicht mehr.

Solange der Wille der Millionen zählenden Hörer nicht das ausschlaggebende ist, sondern die wirtschaftlichen Interessen, wird der Funk immer den Wünschen der herrschenden kapitalistischen Klasse und der Privatindustrie Rechnung tragen, je nach Lage der politischen Beziehungen der in Frage kommenden Länder zueinander in mehr oder weniger versteckter Form.

Eine wirkliche Internationale der Kultur kann nur eine wahrhafte, von der Arbeiterschaft getragene Internationale sein, die auch keinerlei wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund schiebt, weil diese nicht mehr individuelle Fragen sein werden, sondern wirklich ernsthaft an die Lösung der Probleme internationaler Wellenverteilung und Programmgestaltung herangehen wird. Zwar werden die verschiedenen Versuche, die jetzt auf diesem Wege immer wieder gemacht werden, wohl meistens an den Interessen und Fragen der Strategie, wie sie von den Machthabern der einzelnen Länder vertreten werden, scheitern, trotzdem der Kampf die Kilowattenergie der rivalisierenden Sender immer höher treibt.

## Entscheide Dich!

Entscheide Dich — wohin Du gehst — Das Bürgertum hat ausgelitten, und um das Erbe wird gestritten, das Bürgertum hat müde Glieder, und glaubst Du, — es erhebt sich wieder? Entscheide Dich, in welcher Front Du stehst.

Daß Du erkennst, warum Du mußt, warum die Not, warum das Hassen, warum der Kampf der beiden Klassen, daß Du den Weg zu gehen weißt — dazu hast Du Gehirn und Geist. Hast Du von diesen Dingen nicht gewußt?

So wisse denn, um was es geht. .... es geht um Dich und um Dein Leben. Man läßt Dich hungern und verrecken, Du göllst Dich nach der Decke strecken. — Du mußt Dir alles selber geben, und — wozu hast Du Deine Faust, Prolet?

Soll alles bleiben, wie es war? Und willst Du immer Opfer bleiben? Doch das Gelichter zu vertreiben und ihnen schnell ein Grab zu graben — bist Du auch dafür nicht zu haben? So nütz doch Deinen Geist und sehe klar.

Du willst mir Deine Nöte stammeln, Du willst Dein Mißgeschick beklagen?! Es gilt das Kapital zu schlagen! Der Hunger macht die Ketten sprengen, die Menschenschinder werden hängen — Prolet — die Fahne ruft zum Sammeln!

## Kleines Feuilleton

### Ein fliegendes Auto

Der französische Ingenieur Berthot hat ein Fahrzeug, das eine Kombination zwischen Auto und Flugzeug darstellt, erfunden. Flugzeuge mit zusammenklappbaren Flügeln, die äußerst wenig Raum beanspruchen, waren allerdings schon früher bekannt, doch stellt sich die Berthotsche Konstruktion als eine vollkommene Neuheit insofern dar, als auch das Flugzeug-fähiggestellt zu einem richtiggehenden Automobil ausgebildet worden ist. Das Fahrzeug, dessen technische und praktische Vorzüge auf der Hand liegen, kostet dabei nicht mehr als 25 000 Frs., was etwa dem Preise eines mittelstarken Automobils der bisher gebräuchlichen Konstruktionen entspricht. Namhafte französische Autofabriken interessieren sich für die Konstruktion.

### Zunahme der deutschen Doktor-Dissertationen

Im letzten Universitätsjahre ergab sich nach den neuesten Feststellungen eine ganz erhebliche Zunahme der Doktor-Dissertationen in Deutschland. Die aufsteigende Linie geht in ihrem Ursprung bereits auf das Jahr 1927 zurück und hat sich seit der Zeit ständig weiter bewegt. Im Jahre 1927 wurden an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen 6299 Doktorarbeiten vorgelegt, 1928 6490, 1929 6456 und 1930 6997 Arbeiten.

mit den konfiszieren Weinen ergänzen. Der Feind befand sich stets in Sudins Zimmer. Pawlow hatte zu ihm Zutritt, obwohl das Zimmer nach den eigenen Worten Sudins stets verschlossen war. Ich will auch die Liebesintrigen Sudins mit der Walz unerwähnt lassen, deren zufällige Zeugin die Heiserin Agafia war, die durch die Tür einen Teil ihrer Unterhaltung einmal mit angehört hat. Das sind in der Hauptsache alles nur kleine Details.

Es trat ein anhaltendes schweres Schweigen ein. Alle sahen auf Sudin.

„Wollen Sie Ihre Erklärungen dazu geben?“ frag endlich Stepan.

„Ja — ja, natürlich!“ sagte hastig wie oben erwachend Sudin.

„Die Erklärungen Sudins müssen jedoch sachlich bleiben, ich schlage vor, die Zeit zu beschränken,“ plätschte Schustry heraus.

„Das werden wir sehen.“ Stepan machte eine verstimmt Handbewegung in die Richtung Schustry und sagte zu Sudin:

„Also, wir hören.“

Aber Sudins Gedanken, sonst so lebendig und klar, lagen wie Lappen.

Wie nur beginnen?

„Genossen, ihr könnt mir glauben oder nicht, ich werde ganz aufrichtig sein, wie ich das immer war. Sind denn die vielen gemeinsamen Jahre der illegalen Arbeit auch kein Beweis meiner Aufrichtigkeit?“

Sudin weiß, daß er ungerichtet Zeug spricht, gar nicht das, was er in Erwartung des Gerichts sich vorgenommen hatte, zu sprechen. Der tückische Blick Schustry bringt ihn aus der Fassung.

„Wir bitten Sie, Ihre Vergangenheit nicht zu berühren. Wir kennen Sie alle ausreichend. Wir ersuchen Sie, kurze und klare Erklärungen zu den Beschuldigungen des Berichterstatters zu geben. Bekennen Sie sich

schuldig oder nicht?“ unterbricht ihn mit kalter, fester Stimme sein Genosse Stepan.

„Ja — ja, sofort,“ Sudin verliert noch mehr die Fassung, ihn erfaßt ein panischer Schrecken; nicht vor dem tragischen Ende, dem er wie ein wild gewordener Zug entgegenrast, immer deutlicher die feurigen Augen der Katastrophe erkennend, sondern ein Schrecken vor dem Gefühl, daß er einsam, allein gelassen sei, daß er nicht imstande sein würde, sein Recht zu beweisen.

Sudin begreift, daß er sofort, unverzüglich den Rest seiner Kräfte sammeln, daß er alle Gedanken seines ganzen Lebens jetzt anstrengen müsse, um mit wuchtigem Griff alles Unerträgliche, Verhaßte zu treffen, all das, was ihn sein ganzes Leben lang bedrückt hat, von der Zeit an, als er noch ein kleines sorgloses Kind war, bis auf den heutigen Tag, wo es ihn restlos zu zermalmen droht. Aber gegen wen den Hieb richten? Sitzt er nicht im Kreise seiner ergebenen treuen Genossen, selbst der schadenfreudige Schustry... Also muß er umkommen, ohne zu mucken, ohne gellenden Schrei, der die ganze Welt durchdringt, ohne Hoffnung, daß irgendwo ein wenn auch noch so leises Echo erschallt. „Ich bin unschuldig,“ sagt Sudin fest. „Ich bin unschuldig!“ wiederholt er, und seine Stimme beginnt gerader und klarer zu klingen, und seine Worte stechen die Ohren der Hörer wie spitze, feurige Zangen.

„Es ist nicht wahr, daß Walz meine Geliebte ist, es ist nicht wahr, daß sie erschossen werden sollte und ich sie, von Leidenschaft zu ihr getrieben, gerettet habe. Das ist alles nicht wahr. Sie war zufällig verhaftet in der Anwesenheit des Sawinkowschen Agenten Finkow und hatte nach meiner tiefsten Überzeugung mit der Sache selbst nicht das geringste zu tun. Sie tat mir leid. Ich glaubte, daß ehrliche Arbeit sie aus dem Schlamm der kapitalistischen Lebensart befreien werde. Es scheint, daß ich mich geirrt habe. Die Macht der Schokolade war stärker.“

„Was war stärker?“ fragten alle wie aus einer Stimme.



Nach dem russischen Original umgekökelt und ohne Änderungen übersezt von Alexandria Remm Copyschrift von Frau Plemer, Berlin-Wilmersdorf.

### 26. Fortsetzung

Doch Sudin hat keine Zeit, seine Gedanken zu sammeln. Der orkanische Strom von Schustry's Rede drückt ihn immer tiefer zu Boden.

„Ja, Genossen, als ein Berichterstatter, der sich Mühe gibt objektiv zu bleiben, muß ich feststellen, daß der Bürger Sudin ein zutiefst verlogener, unwahrhaftiger Mensch ist. Eure Sache ist es, ob ihr meine Meinung teilt.“

„Wie? ... Ein wahrhaftiger? ...“ wiederholt Stepan, ihn mißverstehend.

„Ein zutiefst unwahrhaftiger! Ich habe diese Überzeugung bereits Sudin ins Gesicht gesagt, das wird er nicht ableugnen können. Er hatte sich mit den Diensten der Walz allein, obwohl sie als Weißgardistin für ihn ein bequemeres Werkzeug war, nicht begnügt. Das war ihm zu wenig. Unter seinen Fittchen hatte sich in der Tschecha allerhand Gesindel versammelt; Diebe, Erpresser und alle möglichen Gauner, die natürlich die Arbeit der ehrlichen Genossen, die das Unglück hatten, mit Sudin zusammen zu arbeiten, gehemmt haben. Zur Illustration nehmen wir als Beispiel Pawlow; ein offener Erpresser, der wiederholt von den Verhafteten, deren Untersuchung ihm anvertraut war, riesige Summen erpreßt und sie offenbar mit Sudin geteilt hat. Der ist ebenso wie die Walz jetzt verhaftet. Ueber Pawlow war Sudin durch den Genossen Kazmann gut unterrichtet. Dieser der Genosse Fomin bezuget, Sudin selbst bestreitet es auch gar nicht; im Gegenteil, er behauptet sogar, daß er, Sudin, selbst

Kazmann auf Pawlow aufmerksam gemacht habe. Diese freche Lüge Sudins wird allein durch die Tatsache widerlegt, daß er Pawlow aus der Tschecha nicht entfernt hat, was ihm durch den Tod Kazmanns erleichtert wurde, der auf Entlassung Pawlows bestanden hat. Und sogar jetzt nach der Verhaftung von Walz und Pawlow versuchte Sudin gegen diese Verhaftung der beiden Helden zu protestieren, wissen Sie, wie er das nannte? „die Zerstückelung der Tschecha!“ Das hat er in meiner Gegenwart zu Ignatjew gesagt. Im Protokoll befindet sich eine diesbezügliche Aussage von Ignatjew, aber ich glaube wohl kaum, daß Sudin das bestreiten wird. Genossen, der gierige und verräterische Charakter Sudins zeichnet sich außerdem noch durch viehischen Starrsinn und Grausamkeit aus. Trotzdem er indirekt der Haupt Urheber des Mordes an dem Genossen Kazmann ist, hat es ihn nicht gehindert, mit einer wahrhaft räuberischen Hartnäckigkeit bei dem nieder-geschlagenen Kollegium der Tschecha eine Verfügung durchzusetzen, daß hundert der angesehensten Bürger, die von der Tschecha verhaftet wurden, in den weitaus meisten Fällen aber ganz unschuldig waren, zu erschließen seien. Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß diese Tat das wirksamste Agitationsmittel unter der Bevölkerung gegen die Sowjetmacht war.“

„Was wollen Sie nun jetzt?“ sagt Sudin laut.

„Den Sieg der revolutionären Gerechtigkeit, weiter nichts.“

„Gibt es denn eine solche?“

„Das werden wir sehen! Aber ich fürchte, daß ich die Genossen durch meine lange Rede nur unnütz ermüde, denn die Sache liegt klar und einfach auf der Hand; das ungeheuerliche dieses Falles besteht darin, daß der Beschuldigte einen äußerst verantwortlichen Posten bekleidet hat und als früherer Parteigenosse das Vertrauen in besonderem Maße genossen hat. Ich will meinen Bericht darum nicht durch die Erwähnung der Orgien



## A 1 Hamburg

Die groß angekündigte Wahlversammlung der SPD im Gewerkschaftshaus war eine Feste und ein Trauerspiel dazu. Der große Saal war nur zur Hälfte besetzt, davon gut drei Viertel kommandierte Reichsbannermitglieder, also eine ausgesprochene Familienversammlung der SPD. Notwendig ist es, die neue Taktik der Generals-Sozialisten in ihren Wahlversammlungen aufzuzeigen. Der Versammlungsleiter kündigte Senator Krause und M. d. R. Biedermann als Redner des Abends an. Ersterer erhielt das Wort zum Thema „Faschistischer oder sozialer und demokratischer Senat?“ Krause, der das Hamburger Schulwesen leitet, präsidierte als sozial gegenüber der Vorkriegszeit, er vergaß nur, daß die alte Prüfungsordnung immer noch besteht, daß die Lehrerschaft abgebaut wurde usw. Krause hielt sich ziemlich im Rahmen des Sachlichen. Nach dem einstündigen Referat wurde die Diskussion mit vierstündiger Redezeit eröffnet; zugelassen wurden nur Redner für solche Parteien, die schon in der Bürgerschaft vertreten waren. (Man will damit die SAP von vornherein ausschalten!) Von den Kommunisten nutzte M. d. B. Dettmann seine 15 Minuten schlecht aus. Als Hervorstechendstes verlangte er zur Arbeitsbeschaffung den Bau eines neuen Krankenhauses, obgleich in den bestehenden Krankenhäusern nicht ein Viertel der Betten belegt ist. Nach abgelaufener Redezeit arbeitete prompt die Regie. Kein Redner erhielt mehr das Wort, sondern M. d. R. Biedermann wurde sofort auf Dettmann losgelassen und übertraf diesen noch an Demagogie. Im Zusammenhang mit der Forderung der Kommunisten nach Einführung einer Luxussteuer hetzte Biedermann in wüster Weise gegen die UdSSR; er meinte u. a., es gäbe dort Luxusartikel, aber nur für die Sowjetbeamten und deren Gattinnen. Die weiteren Ausführungen Biedermanns waren eine Komödie, die schließlich zu einer allgemeinen Hetze gegen die Kommunisten ausartete. Man bekam nichts mehr zu hören zum Thema des Abends, nichts was den Arbeitern einen Ausweg zeigte, kein Wort von sozialistischem Gestaltungswillen, nur etwas Sehnsucht klang durch nach dem Fortbestand der Koalition mit Demokraten und Volkspartei. — letzten Endes also eine Tragödie. Der Ungeist, den der eine dem andern vorwarf, herrschte bei beiden. Als Symptom noch zu vermerken das Hoch M. d. R. Biedermanns auf die deutsche Sozialdemokratie; er bestätigte damit: es gibt keine internationale Sozialdemokratie mehr. — Arbeiter Hamburgs, zieht die Lehre, greift die Lösung der Sozialistischen Arbeiterpartei „Für eine Arbeiterregierung!“ auf und wählt am 24. April die Liste 11 — Stahmer, Eisner!

## Elmshorn

Der „eiserner“ Vogel kneift. In einer öffentlichen Wahlversammlung der SPD sprach der Parteivorsitzende Vogel, Berlin. Freie Aussprache war angekündigt. Ein Teil unserer Genossen wie auch Kommunisten waren zugegen. Das alte SPD-Rezept wurde heruntergeleiert, dann war Vogel mit seinen Ausführungen zu Ende. Die Diskussion sollte einsetzen. Aber die Rednerin der KPD und unser Genosse Cohn, Hamburg, kamen nicht zum Wort. Verabredungsgemäß war während der Versammlung von einem gehorsamen Kuli Hindenburgs ein Antrag eingelaufen, keine Diskussion zuzulassen. Abstimmung: das gesamte Reichsabonnent aus Pinneberg, Uetersen, Barmstedt, Horst, Elmshorn stimmte auf Kommando dafür. So würgte man die Diskussion ab, obwohl Vogel in seinen Ausführungen von der „großen, starken Hand“ der SPD sprach und in der gemeinsten Art und Weise KPD und SAP herunterriß. Nachher hatte er aber nicht den Mut, für eine Diskussion einzutreten. — Das ist die Meinungsfreiheit der „eisernen“ Vögel. Die Öffentlichkeit wird jetzt wohl selbst entscheiden können, ob dieser Vogel ein Adler oder ein Spatz ist.

## Schwerin i. M.

Am Freitag wurde das Brunnenhotel in Goldberg von einem großen Brand heimgesucht, der außer erheblichem Gebäudeschaden und Materialschaden auch mehrere Unglücksfälle verursachte. Aus ungeklärter Ursache war das Feuer in dem Hauptgebäude des Hotels ausgebrochen. Bald standen die Diele und der Saal in hellen Flammen. An ein Ratten der betroffenen Gebäudeteile war nicht mehr zu denken. Die freiwillige Feuerwehr warf gewaltige Wassermassen in die noch vom Element verschonten Räume, und es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Groß ist der Schaden an den teils durch Feuer, teils durch Löschwasser vernichteten Einrichtungsgegenständen. Mehrere Personen haben Rauchvergiftungen erlitten. Als sich ein Hotelgast mittels eines Bettlakens aus einem Fenster herablassen wollte, riß das Laken, und der Gast erlitt einen Armbruch. Auch ein anderer Hotelgast...

## Ratingen

Sitzung des Unterstellens der freien Gewerkschaften. Die Wahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. 1. Vorsitzender wurde Issel (SAP), 2. Vorsitzender Wendel (SPD), Schriftführer Klug (KPD). — Kämpfer (SAP) brachte die Kündigung des Arbeiters Arthur Hauk zur Sprache und beantragte, hiergegen Protest zu erheben. Einstimmig beschloß das Unterkartell, seinen Delegierten beim Ortsausschuß des ADGB Düsseldorf mit dem Protest zu beauftragen. — Hayn (SPD) beantragte, das Unterkartell möge in diesem Jahr an die politischen Parteien zwecks gemeinsamer Maifeier herantreten. Es zeigte sich im Verlauf der Debatte,

# Schipp, schipp, hurra!

## SAJ, KJV, FGJ und NFJ haben kein Interesse am gemeinsamen Kampf gegen den Arbeitsdienst

Nürnberg, 16. April 1932.

Der Sozialistische Jugendverband Nürnberg hat vor einiger Zeit an die Ortsleitungen der proletarischen Jugendorganisationen ein Schreiben gerichtet, in dem er zu einer gemeinsamen Besprechung einlud, um Stellung zu nehmen zu den die proletarische Jugend Nürnbergs drohenden Plänen der Arbeitsdienstpflichtanhänger. Trotzdem in diesem Schreiben ausdrücklich vermerkt war, daß die SAP bei einer Nichtbeantwortung annehmen müsse, daß die Organisationen an einer Aussprache kein Interesse haben, hat nur die FSJ zustimmend geantwortet.

Der SJV wird nun die Aufgabe haben, den Mitgliedern dieser Organisationen die Rolle ihrer Führer klarzumachen. Diese

### Sabotage der Einheitsfront und in diesem besonderen Fall der gemeinsamen Aktion der proletarischen Jugend

ist um so schärfer anzuprangern, als gerade in Nürnberg Kräfte am Werke sind, die mit aller Energie an einigen Experimenten arbeiten. Die Gefährlichkeit dieser Pläne liegt auf der Hand.

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß

### von freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht nur ein Schritt

ist, und in der Tat, man propagiert außer Bachregulierung und Stadtrandsiedlung auch schon den

### Bahnbau mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Bahnbau von Neumarkt in der O. nach Lauterhofen mit billigen Arbeitskräften. Das ist der zweite Schritt, und die Notverordnungen der Brüningregierung lassen alle Möglichkeiten offen, den arbeitslosen Jugendlichen zum Arbeitsdienst zu zwingen.

Und in dieser Situation schweigt die sozialdemokratische Presse, hat die Bürokratie der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Kommunistischen Jugend, der Gewerkschaftsjugend und der Naturfreundjugend kein Interesse

an einer gemeinsamen Kampffront der proletarischen Jugend.

Im Gegenteil. Auch zu einer zweiten Besprechung hinzugehen hat man den Jugendlichen verboten. Dafür aber hat man einige Tage danach in der „Fränkischen Tagespost“ faule Witze gelassen über die „Hetzerei“ der „Jung-Seydewitze“.

Nun, wir lassen ihnen die Freude, wir befürchten nur, daß den Jugendlichen „trotz der feststehenden Haltung des ADGB und der SPD“ etwas anders zumute sein wird, wenn in nächster Zeit, wie Stegerwald auf dem Krisenkongreß des ADGB feststellte, „die Regierung zum Arbeitsdienst einige Erweiterungen durchführen muß.“

Die proletarische Jugend wird sich ihr Urteil über den freiwilligen Arbeitsdienst bilden müssen. Sie wird entscheiden müssen, ob sie untergehen will mit den Illusionen der sozialdemokratischen Führerschaft, oder ob sie ihre Kraft dem Teil des Proletariats zuführen will, der gewillt ist, den Kampf um den Sozialismus zu führen. Der Kampf geht heute nicht nur im nationalen, sondern im internationalen Maßstab um den kapitalistischen und proletarischen Ausweg aus der Krise.

Der kapitalistische Ausweg ist Faschismus und Krieg, ist Arbeitsdienst und weitere Verelendung und Knechtung der Arbeiterklasse. Der proletarische Ausweg ist Kampf um den Sozialismus, ist Kampf gegen den Kapitalismus.

Der Sozialistische Jugendverband wird immer in der revolutionären Front stehen. Der SJV ist die Jugendorganisation der proletarischen Jugend, die sich zum Ziel gesetzt hat, über die bürokratischen Apparate der SAJ, KJ und Gewerkschaftsjugend hinweg an der Einheitsfront des Jungproletariats zu arbeiten.

Wir werden den Jungarbeiterinnen und Jungarbeitern zeigen, wie ihre Interessen von ihrer Führerschaft vertreten werden. Die Sabotage der gemeinsamen Aktion durch die Nürnberger Jugendbürokratie wird Anlaß sein und macht es uns zur Pflicht, nun erst recht aktiv zu sein.

# Kumpels kämpfen um Arbeitslosenunterstützung

## Die Reichsanstalt im Gleichschritt mit den Lohnräubern

Dortmund, 15. April 1932.

Der Fall „Karoline“ Dortmund, über den wir bereits vor zwei Wochen berichteten, wächst sich zu einem Riesenskandal aus. Das Dortmunder Arbeitsamt hat über die entlassenen Bergkumpels, die sich den von der Zecheverwaltung geplanten Lohnraub nicht gefallen ließen, mehrwöchige Sperrfristen verhängt. Und zwar, weil der Betriebsführer von „Karoline“ in die für das Arbeitsamt bestimmten Abkehrscheine eingetragen ließ: „Auf eigenen Wunsch entlassen.“ Der Sachverhalt ist aber kurz folgender: den Bergleuten wurde vor einiger Zeit eröffnet, daß sie, wenn die Schachtanlage nicht stillgelegt werden solle, monatlich drei Gratsschichten zu verfahren hätten. Ein Teil der Belegschaft ging aus Sorge um ihre Familien auf diesen erpresserischen Vorschlag ein. Am 1. April — an dem die Stilllegung erfolgen sollte — erklärten eine ganze Reihe der Kumpels, die ihre Unterschrift bereits gegeben hatten, daß sie sie rückgängig machten. Sie wurden dann ebenso wie die übrigen Verweigerer an die frische Luft gesetzt.

Vor dem Spruchausschuß des Dortmunder Arbeitsamtes verlangten nun die durch diesen Willkürakt ihrer Arbeitsstelle und ihrer Arbeitslosenunterstützung beraubten Bergkumpels Aufhebung der über sie verhängten Sperrfrist. Es wurde zunächst nur über fünf der fast 800 Fälle verhandelt und entschieden. Bezüglich der der ersten Gruppe zugehörigen Kläger entschied der Spruchausschuß, daß die Sperrfrist aufzuheben und die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sei. Die Kläger, die ihre Unterschrift zurückgezogen hatten, wurden mit ihren Einsprüchen insofern zurück-

gewiesen, als zwar die Sperrfrist aufgehoben wurde, sie aber keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, bis auf „Karoline“ wieder geregelte Verhältnisse herrschen. Zur Begründung dieses sehr eigenartigen Beschlusses hieß es, daß die Vorgänge auf der Schachtanlage als Arbeitskampf zu bewerten seien, an dem sich die Gruppe Bergleute, die erst ihre Unterschrift gaben und dann wieder zurückzogen, aktiv beteiligt hätten. Nach § 94 des Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung könne an einem solchen Arbeitskampf Beteiligte während der Dauer desselben keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Die Berufung beim Oberversicherungsamt wurde zugelassen.

Die Zeche „Karoline“ gehört den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat als Vertreter der Kommunisten eine ganze Reihe Sozialdemokraten sitzen. Versteht sich, daß es höhere Kommunalbeamte, Parteilangestellte und Abgeordnete sind, die mit den für einen Hungerlohn frondenden Bergkumpels keinerlei Tuchfühlung mehr haben; ergo: auch kein Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte der Bergklaven.

Klassengenossen von „Karoline“, denkt daran, am 24. April, wenn ihr zur Preußenwahl geht! Tut eure Pflicht, wählt als eure Vertreter Fleisch von eurem Fleisch. Stimmt für die

Liste 18 mit den Spitzenkandidaten  
Redakteur Max Seydewitz und Bergarbeiter Heinrich Babucke!

## Saßnitz

Die unnötige Reichsmarine hält hier Flottenübungen ab, die unter Leitung des Marinechefs stehen. Überall fehlt es an Geld, hier wird es aber unnötig verpulvert. Diese Spielerei kostet dem Reiche viel Geld und soll bei Swinemünde noch fortgesetzt werden. Es muß deshalb unser Kampf gegen diese überflüssige Einrichtung mit aller Schärfe fortgeführt werden. Wir sind und bleiben Gegner der Reichswehr.

## Düsseldorf

Die Vertreterin des Genossenschafts der Allgemeinen Ortskrankenkasse Düsseldorf in Hügel, Frau Rosa Wenzel, vielen unserer Parteigenossen bekannt, ist im Alter von 46 Jahren nach kurzem Krankenlager gestorben. Wenn Frau Wenzel auch der SPD angehörte, so muß ihr doch nachgesagt werden, daß sie sich stets befleißigte, ihren nicht gerade leichten Posten zur Zufriedenheit aller auszufüllen.

Ein Schmierfink Unheiler Art scheint der heutige Berichterstatter der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ zu sein. Da ihm zu einem ähnlichen Kampf gegen die SAP das Gehirn schmalz fehlt, verlegt er sich aufs Schimpfen und begibt sich auf das Gebiet der persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen. Der Verfasser dieser Schmierereien richtet sich damit selbst. Wir lehnen es ab, den politischen Kampf zum Tummelplatz persönlicher Verunglimpfungen und Gemeinheiten zu machen. Uns steht das Schicksal der Arbeiterbewegung so hoch, als daß wir das Prinzip der Selbsterleuchtung zum obersten Gesetz erheben können. Wenn die SPD in Ratingen aber glaubt, sich das Vertrauen der Arbeiterschaft mit einer derartigen Kampfmethode zurückerobern zu können, so dürft' der 24. April für sie eine große Enttäuschung bringen. Kämpft für die Schaffung der Einheitsfront, gegen Kapitalismus und Faschismus, für den Sieg der Liste 18!

## Arnstadt

Massenprotest der Arnstädter Arbeiterschaft gegen den Faschistenterror. In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung demonstrierte die Arnstädter Arbeiterschaft mit Ausnahme der Kommunisten am Freitag gegen den in den letzten Tagen überhandnehmenden faschistischen Terror auf der Straße. Für die SPD sprach Gewerkschaftssekretär Striebing. Seine Ausführungen ließen leider die Frage, warum die Faschisten so stark werden konnten, unberührt. Obwohl viele gute und treffende Worte zur Charakterisierung der faschistischen Methoden von ihm gesagt wurden, konnte er sich doch nicht dazu durchringen, der Arbeiterschaft zu sagen, welche Mittel angewandt werden müssen, um den Faschismus erfolgreich zu bekämpfen. Nur wenn die Polizei auch in der Zukunft einseitig für die Faschisten Partei ergreife, drohte Striebing mit der Selbsthilfe. Unser Genosse Hoyer verwies auf das Schicksal der italienischen Arbeiterschaft. Er wies nach, daß der Faschismus seine Agitation nur auf Lug und Betrug aufbaut. Vor allen Dingen müßte dem Faschismus seine ideologische Grundlage entzogen werden. Nicht mit parlamentarischen Mitteln sei das zu erreichen, sondern die Arbeiterschaft muß ihre außerparlamentarische Kraft zur Bekämpfung des Faschismus einsetzen. — Die Kommunisten veranstalteten zwei Stunden früher eine Kundgebung, angeblich zur Bekämpfung des Faschismus. Dieser Kampf bestand darin, daß ihr Redner Schörnig sich in wüsten Beschimpfungen der Arbeiterpartei und der SAP im besonderen erging. Die Faschisten selbst, gegen die die Kommunisten angeblich zum Kampf ausgezogen waren, wurden völlig vergessen. Trotzdem finden die Kommunisten noch den Mut, solche Beschimpfungen der eigenen Klassengenossen Kampf gegen Faschismus zu nennen. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch der letzte ehrliche Arbeiter sich mit Abscheu von solchen Methoden abwenden wird. Die Sozialistische Arbeiterpartei wird es an der notwendigen Aufklärung nicht fehlen lassen, damit es dazu bald kommt.

## Nürnberg

Wenn man ein reines Gewissen hat, kann man sich ruhig die Argumente der Gegner anhören. Die Tolerierungspartei hingegen kneift nicht nur vor jeder Aussprache, sie erfindet obendrein immer schönere Methoden, um anderen proletarischen Parteien jede Meinungsäußerung zu erschweren. Die neueste Methode ist das Abtreiben von Versammlungslökalen. Für unsere Versammlungen am 13., 14., 15. April hat man uns vier Lokale, durchweg Verkehrslokale der SPD, von Anfang an verweigert, 3 weitere, Thomasritter, Neuer Stadtpark und der große Saal der Rosenu werden nach bereits erfolgter Zusage uns wieder entzogen, weil die SPD mit Boykott drohte. Glaubt die SPD wirklich, mit so klebrigen Methoden die revolutionäre Idee unterdrücken zu können?

Vorschulborbeeren gibt sich die SPD auf Grund des Hindenburg-Wahlergebnisses in Bayern. Die „Tagespost“ macht eine Rechnung auf, nach der sie seit den Landtagswahlen zugenommen haben müßte. Sie will ihre 800 000 Stimmen von damals noch vermehren, ja sogar trotz der seither sehr gestiegenen Wahlbeteiligung ihre Mandatszahl mindestens halten. — Am 25. sehen wir uns bei Philipp! wieder.

Des Spießers Bierneale schlägt noch im 14. Jahre der Republik höher, wenn er von Fürstlichkeiten träumen kann. Ein Genosse, der am Wahlsonntag, 10. der Aufführung des „Weißen Röhl“ beiwohnte, berichtet, daß im Augenblick, wo der alte Kaiser Franz Joseph die Bühne betritt, im Publikum lebhafter Beifall einsetzte. Wie werden die Spießer erst vor echten angestammten Landesvätern auf dem Bauch herumrutschen!

Es wird unsern gelogen. Die „Fränkische Tolerierungspost“ schreibt: „Wenn SAP und KPD auf dem Standpunkt stehen und auch praktisch arbeiten, daß Hitler parlamentarisch an die Macht kommen soll, um dann nach Übernahme der Staatsmacht Hitlers außerparlamentarische Aktionen durchzuführen, so muß man sich fragen, warum?“ Ehe du dir den Kopf über diese Frage zerbrichst, SPD-Genosse „Bäo“ aus Fürth, denke rechtzeitig daran, daß die SAP gerade auf dem entgegen-gesetzten Standpunkt steht. — Diese SPD-Lüge greifen wir deshalb aus der großen Zahl ihrer Schwärmereien heraus, weil sie zeigt, daß die Parole der SAP: „Schlagt Hitler außerparlamentarisch, bevor er an die Macht kommt!“ einen derart guten Eindruck bei der Arbeiterschaft gemacht hat, daß die SPD uns die gegenteilige Ansicht untergeschoben muß.

Der Zellenobmann der KPD für den Bezirk Gartenstadt ist zur SAP übergetreten. Hauptursache ist die ungeheuerliche Stellungnahme der KPD zur Einheitsfront.



# Sportschau der SAZ

## Hochbetrieb auf den Berliner Handballplätzen

Um die Kreismeisterschaft der Frauen und Jugend.

In der Kottbuscher Straße treffen sich um 16 Uhr die Sportlerinnen von Leichter Koppentick und Volkssport Weddinger. Die gute Spielweise der Weddinger sollte sich bestmöglich durchsetzen, so daß sie am Himmelfahrtstag das Schlußspiel gegen Luckenwalde bestreiten werden.

In der Jugend sind Leichter Koppentick und der ATV Spandauer die Gegner. In dem um 17 Uhr beginnenden Treffen wird sich die in letztem Jahr wesentlich verbesserte Spielweise der Koppenticker zeigen. Dann dürfen sie im Endspiel am Himmelfahrtstag gegen Weddinger anzutreten haben.

## Spiel- und Werbetag des Volkssport Neukölln-Britz.

Neben dem großartigen Hockey-Programm haben sich die Neuköllner im Handball auswärtige Mannschaften verpflichtet. Der VfL O. d. L. und die Cottbuser Straßburger und Brandenburg versprechen für die Güte des Spielprogramms viel Schenswertes. Insbesondere die Cottbuser sind in Berlin bestens bekannt und haben einen guten Ruf und haben auch die größeren Gewinnschancen. Beginn der Spiele um 9 Uhr im Volkspark Neukölln.

## Spieltag des ASV Schöneberg-Friedenau.

Die gute Spielweise und der eigene Platz in der Ruhensstraße sind Voraussetzungen, die einen guten Erfolg erlauben lassen. Alle Mannschaften des Vereins sind beteiligt und lassen ab 9 Uhr Spiel auf Spiel folgen. Für das Schlußspiel um 11 Uhr wurde der Kreismeister Volkssport Weddinger verpflichtet, der für einen leiseenden Kampf sorgen wird.

## Werbespieltag der FTGB Süden.

Es ist ein Spielprogramm ab 9 Uhr bis 18 Uhr vorgesehen. Gäste aus Dessau-Gröbkühnau, Kottbus, Brandenburg und Hennigsdorf erschienen. Starke Berliner Mannschaften ergänzen das hochwertige Programm. Neben dem Handball können noch Spiele im Faust- und Trampelhalle zur Ausstrahlung. Das Hauptinteresse dürfte das Handballspiel

zwischen FTGB Süden und Dessau bringen. 17.30 Uhr. Der aussichtsreiche Meisterschaftsanwärter des Dessauer Bezirkes ist eine begabte Mannschaft und wird alles daransetzen, daß ein großartiges Spiel gezeigt wird.

**Bezirkklasse Osten.** Friesen-Fürstentum gegen FTGB Adlershof um 16 Uhr in Fürstentum. FSV Strausberg gegen V.H. Osting um 16 Uhr, Platz Katernberg in Strausberg. Frauen-FTGB Baumhüttenweg gegen F.T. Witten um 14 Uhr im Plänterwald. Kaufdorf gegen F.T.S. Nowawes um 16 Uhr in Kaufdorf. Gewerkschafts-Fußball-FTGB Oberprez-FTGB Baumhüttenweg, 16 Uhr Wühlheide. Eintracht-Mahldorf gegen FTGB Lichtberg, 16 Uhr Mahldorf. TSV Kaufdorf gegen Leichter-Koppentick, um 10 Uhr in Kaufdorf. Frauen-FTGB Süd-Ost-FT Zossen, 12 Uhr, Plänterwald. Eintracht-Mahldorf gegen Z. d. A., 13 Uhr in Mahldorf.

**Bezirkklasse Norden.** FT Velten II-ASV Wedding II, 13.30 Uhr in Velten. Schwante II-Freibütten-Schwante um 15 Uhr in Schwante. Gewerkschafts-Fußball-FT FSV Legel-FT Bornstedt um 10 Uhr in Groß-Rosen. FSV Reimkendorf-West-FSV Nowawes um 14 Uhr in Schwaneberg. FT Velten-Friedrichthal, 15.30 Uhr in Velten. FTGB Nordost-FTGB Stralau um 12 Uhr in Schwaneberg.

**Bezirkklasse Süden.** FTGB Linkwitz gegen ATV Potsdam um 16 Uhr in Linkwitz. FTGB Friedenau gegen FT Schwante um 12 Uhr in der Offenbachstraße. FT Wilmersdorf gegen FSV Fehlow um 10 Uhr Ciceroplatz.

## Sport in Südwestsachsen

**Fußball**

**Spiele der unteren Mannschaften:** Vielau II-Reichenbach II (13.00); Reimsdorf II-Oberhohndorf II (14.15); Netzschkau II-Zwickau-Süd II (13.00); Niederhalla II gegen Neukirchen II (13.00); Niederhalla II-Wilkau II (9.30); Crimmitschau II-Planitz II (14.30); Marietal II gegen Zwickau II (14.15); Camdorf II-Zwickau-Nord II (14.15); Werdau II-Ebersbrunn 14.15; Oberhohndorf III (14.15); Wilkau II (14.15); Pohlitz II-Hirtendorf III (14.15); Planitz III-Friedrichgrün II (12.30); Crimmitschau IV gegen Mülsen-Nielas II (12.30); Crimmitschau III-Netzschkau III (9.45); Zwickau III-Pohlitz III (12.30).

**Jugend:** Vielau-Neukirchen (14.45); Oberhohndorf gegen Wilkau (13.00); Niederhalla-Reichenbach 14.00; Vielau gegen Lichtentanne (14.45); Camdorf-Planitz (13.00).

## Handball

**Sonntag, Leubaltz I-Niederhalla I (10 Uhr).** Auf eigenem Platz sind die Leubaltzer sehr ernst zu nehmen, werden sich aber nach heftigem Widerstand geschlagen geben können. **Planitz II-Oberreichenbach I (13 Uhr).** Oberreichenbach wird es auch in diesem Spiel schwer haben, ein günstiges Resultat zu erreichen. **Crimmitschau II-Stöcken I (9.30 Uhr).** **Marietal I-Wahlen I (10 Uhr).** Gegen Wahlen sollte Marietal endlich einmal ein schätzbares Resultat erzielen.

**Untere Mannschaften:** Haßlau II-Oberreichenbach II (11.00); Reimsdorf II-Oberreichenbach III (11.00); Crimmitschau III-Camsdorf II (10.45).

**Jugend:** Planitz-Neukirchen (11.00); Stöcken-Haßlau (10.00).

**Spielergebnisse:** Planitz-Crimmitschau (14.30); Ebersbrunn-Netzschkau (10.00).

**Knaben:** Oberhohndorf-Haßlau (10.00); Wahlen-Crimmitschau (11.00); Leubnitz-Neukirchen (11.15).

## Faustball

In Mylau: Mylau I-Limbach I (9.00); Mylau II-Schneidenbach I (9.50); Limbach I-Schneidenbach I (10.40); Mylau II-Schneidenbach II (9.00); Mylau II-Limbach II (9.50); Schneidenbach II-Limbach II (10.40).

In Schönbrunn: Oberreichenbach I-Schönbrunn I (9.00); Oberreichenbach I-Neumark I (9.50); Schönbrunn I-Neumark I (10.40); Schönbrunn II-Neumark II (11.30).

## Aus dem Lausitzer Handballager

**Noch immer nur wenig Handballspiele**

Die Handballer scheinen sich in diesem Jahre nicht so richtig herauszutreten. Noch immer sind die Spielabschlüsse recht mangelhaft. Nur einige Spiele sind von besonderer Bedeutung. Ebersbach führt zum Bezirksmeister und wird einen schweren Stand haben. Nicht weniger interessant wird die Begegnung Seifhennersdorf gegen Zittau. Wie sich Lobau in Bautzen schlagen wird, ist noch eine Frage.

## Vorschau für Sonntag, 17. April

**Seifhennersdorf I-Zittau I (9.00).** Auf eigenem Platz wird sich hoffentlich die Seifhennersdorfer Mannschaft besser zusammenfinden. Zu einem Siege wird es aber nicht langem. **Leutersdorf I-Ebersbach I (15.30).** Der Bezirksmeister tritt mit einer vollständig neuen Mannschaft an und wird sich erst einmal eingewöhnen müssen. Es dürfte eine schwere Niederlage für Ebersbach geben. **Bautzen I-Löbau I (15.30)** Beim letzten Spiel vor kurzen trennten sich die Mannschaften unentschieden. Mit

einem spannenden Spiel ist zu rechnen. **Schiedsrichter:** Haubitz (Demitz-Thumitz). **Kirschau I-Neukölln I (14.30).** Beim letzten Treffen gewann Neukölln. Diesmal wird sich aber Kirschau auf eigenem Platz alle Mühe geben und versuchen, gut abzuschneiden. **Schiedsrichter:** Höhnke (Sohland). **Hartau I-Oberreichenbach I (15.00).** Zwei fast gleichwertige Mannschaften stellen bei diesem Spiel aufeinander. **Schiedsrichter:** Gassel (Zittau). **Leutersdorf II-Sohland I (14.30).** Der Ausgang der Spiele ist vollkommen offen. **Schiedsrichter:** Lauterbach (Ebersbach). **Bautzen II-Löbau II (14.30)** Wenn nicht es, es trägt, wird der Sieg bei diesem Spiel in Bautzen-Mauern bleiben. **Schiedsrichter:** Haubitz. **Leutersdorf I-Spielerinnen gegen Sokland I, Spielerinnen (13.30).** Diese zwei Mannschaften sind wohl die besten unserer Bezirke anzusprechen. **Nach einem heftigen Spiel dürfte es knapper Sieg in Leutersdorf bleiben. **Schiedsrichter:** Friedrich (Eibau-Waldorf). **Bautzen I, Knaben gegen Löbau I, Knaben (13.30).** **Schiedsrichter:** Bautzen. **Leutersdorf I, Knaben gegen Ebersbach I, Knaben (16.30).** **Schiedsrichter:** Leutersdorf.**

## Kleine Sportnachrichten

**Ausdruck und Ziel!** Unter diesem Motto veranstaltet der Bewegungslor (Mitgl. des AT. u. SpL) am Donnerstag, 21. April, im Saalbau Neukölln, Bergstr. 17, seinen ersten Werbenabend unter Mitwirkung des proletarischen Orchesters. Das Programm bringt erste und heitere Chorgesangstücken und dürfte aus diesem Grunde in weitesten Kreisen Beachtung finden. Beginn der Veranstaltung 20 Uhr. Einlaß 10.30 Uhr. Eintritt 0.50 M., Erwerbslose u. Jugendliche 0.25 M. Fahrverbindung: U-Bahn Bergstr. und Ringbahn Neukölln.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siedel Zeitungs-Verlagsges. mbH Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 13/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags. **Redaktion:** Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904. **Verlag und Expedition:** Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905. **Bezugspreis für einen Monat** durch die Expedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. **Inseratspreise:** Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. **Alle Zahlungen sind zu leisten an:** Siedel Zeitungs-Verlagsges. mbH, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

**Staatstheater**  
Oper u. d. Linden  
Sonntag 17. April 5 Uhr  
Die Zauberflöte  
Montag 18. April 8 Uhr  
Cavalleria rusticana  
Bajazzo

**Volkshühne**  
Theater a. Bülowspl.  
11. Nordsee 1941  
Sonntag, 17. April 3 u. 8 Uhr  
Montag, 18. April 5.00 Uhr

**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Sonntag, 17. April 3 u. 8 Uhr  
Die Frau die jeder sucht  
Montag, 18. April 8.15 Uhr

**Schauspielhaus**  
a. Gendarmenmarkt  
Sonntag, 17. April 8 Uhr  
Ostern  
Montag, 18. April 8 Uhr  
Die endlose Straße

**Schillertheater**  
Sonntag, 17. April 8 Uhr  
Egmont  
Montag, 18. April 8 Uhr  
Bergerac

**Circus BUSCH**  
Klub 8 Uhr  
Ring-Kämpfe  
u. Varieté-Programm  
Preis: 0,30 B. 3,-

**Münz-Theater**  
Münzstr. 10  
Tonfilm-Tageskino  
Ein Auto und kein Geld  
dazu:  
Der unbekannte Gast  
mit Szöke Székely  
Das törende Beiprogramm

**PRATER**  
Lichtspiele  
Kastanienallee 7/9  
hochbahnhöf Dunsiger Straße  
Autobus 9  
Nur 4 Lage

Lillian Harvey in der Tonfilmoperette:  
**2 Herzen und ein Schlag**  
u. Wolf Albach-Retty u. O. Wallburg  
dazu:  
Die ausgez. internat. Bühnenschau  
Einlaß 1,5 Uhr  
Erwerblos 50 Pf.  
Sonntag 2.30 Uhr. Gt. Jugendvorstellung  
Eintritt 20 Pf.

**MILIA**  
Lichtspiel-Palast  
Schönhauser Allee 130  
2 Groß-Tonfilme  
Anny Ondra  
in der entzückenden Tonfilmoperette  
**Eine Nacht im Paradies**  
mit Ralph A. Roberts, Oskar Sabo

**Ein Auto und kein Geld**  
mit Dina Gralla  
Starkreduzierte Eintrittspreise

**Lichtspiele**  
am Stettiner Bahnhof  
Invalidenstr. 127

Tonfilm-Tageskino  
George Bancroft in  
**Mann über Bord**  
dazu:  
R. A. Roberts in  
**Zu Befehl, Herr Unteroffizier**  
Die neueste törende Wochenschau

**Theater des Weddings**  
Möbier, Ecke Sellenstraße  
**Zwei Herzen und ein Schlag**  
dazu:  
Pat und Patachon in  
**Knall und Fall**  
Die neueste törende Wochenschau

**Zwickau**  
Bier- und Speisehaus  
Stadt Glauchau  
Glauchauer Straße 26  
Neu renoviert! Neu renoviert!  
Um gültigen Zuspruch bittet  
Fritz Berger

**Königin Cigarette**  
Fürst Pückler  
10 Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.  
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

**KAUFHAUS SCHOCKEN**  
Querschnitt durch einen ORTOS Damen-Spangenschuh

- 1 verlängerte Hinterkappe
- 2 zweifach hochgewalzte Brandsohle
- 3 Stahlgelenkfedern
- 4 Schwammgummi-Einlage
- 5 Gummiflock
- 6 breite Ballenpartie
- 7 hohe Zehenlage

**ORTOS** Gesundheits-Spangenschuhe, Boxkalf schwarz oder braun oder Lack, Rahmenarbeit, Gr. 36-42 **975**

**KINO FÜR JEDERMANN**  
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B. Kurt. 2334.  
Das große Bräutigam verlängert!  
Die lustige Tonfilmoperette:  
**Viktoria und ihr Husar**  
mit Ivan Petrovich, Friedel Schuster, Michael Rohlen, Ernst Verbeke  
Die erste Wochenschau  
Tagel ab 9.30 Uhr  
Sonntag ab 11.00 Uhr bis 11.00 Uhr  
Ingl. Tit. u. Nachtkl. Berlin

**Ein Auto und kein Geld**  
mit Dina Gralla  
Starkreduzierte Eintrittspreise

**Lichtspiele**  
am Stettiner Bahnhof  
Invalidenstr. 127

Tonfilm-Tageskino  
George Bancroft in  
**Mann über Bord**  
dazu:  
R. A. Roberts in  
**Zu Befehl, Herr Unteroffizier**  
Die neueste törende Wochenschau

**Theater des Weddings**  
Möbier, Ecke Sellenstraße  
**Zwei Herzen und ein Schlag**  
dazu:  
Pat und Patachon in  
**Knall und Fall**  
Die neueste törende Wochenschau

**Achtung Genossen! Sensationsangebot!**

Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder Motor, 3-Röhren-Vollnetz-Fernempfang sowie eingebauten dynamischen Lautsprecher in Eiche  
**Preis nur RM. 135.-**

3 Röhren-Vollnetzempfang von Rm. 37 50 an. Geräte und Teile zum Selbstbau 20-60% unter Tagespreis. Ein Posten Gebrauch oder Apparate sofort billig. Veraltete Apparate werden fachmännisch zu äußerst günstigen Preisen modernisiert. Technische Beratung und Kostenanschläge unverbindlich.

**Nur Markenfabrikate**  
Auch der weiteste Weg lohnt (Kein Laden)  
Abonnenten 10% Sonderrabatt

**Emil Werner, Elektroingenieur**  
BERLIN W 57  
Blumenthalstraße 16, I Tr.

**Eine wertvolle Arbeiterbibliothek für nur M. 10.-**

Um den revolutionären Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz den trostlosen ökonomischen Verhältnissen eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Geistesmonumente, einzurichten, hat der Verlag der AKTION sich entschlossen, zwei Serien seiner Verlagspublikationen - eine politische und eine literarische - die im Buchhandel zusammen 50 Mark kosten, für nur RM 10.- abzugeben.

Die Reihe der politischen Bücher enthält:  
Karl Liebknecht: Briefe aus dem Gefängnis und dem Zuchthaus; Karl Liebknecht: Politische Aufsätze aus seinem Nachlaß (von der KPD totgeschwiegen); Leo Trotzki: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Leo Trotzki: Die permanente Revolution (ein Werk, das jeder Marxist studieren sollte); Leo Trotzki: Anklagen aus der Verbannung; Leo Trotzki: Die Lehren des Oktobers; Geschichte der Oktoberrevolution; Leo Trotzki: Ueber den Fünften (Erfolge des Sozialismus und Gefahren des Abenteuerstums); Lenin: Die nächsten Aufgaben einer Sowjetmacht; Lenin: Berühmte Kundgebungen; Lunatschewski: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse; Franz Pfeiffer: Die deutsche Sozialdemokratie bis zum August 1914.

Die Reihe der literarischen Werke enthält:  
Otto Rühle: Das kommunistische Schulprogramm; Carl Sternheim: Libussa, das Leibröb Wilhelm III.; Carl Sternheim: Prosaerzählung: Oskar Korsch; Die Scandale; Kurd Adler: Gesammelte Lyrik; Victor Hugo: Ueber Voltair; Hedwig Dohm: Mißbrauch des Todes; Maximilian Rosenbergs: Umwelt Gedichte; Heinrich Stadelmann im Lande Neim; Der Kriegskupletist Doktor Alfred Kerr am Pranger; Der Hahn, französische Lyrik in deutscher Nachdichtung von Däubler; Max Herrmanns Emilie Zola, der Dichter des revolutionären Proletariats;

Heinrich Schärer: Drei Erzählungen; Franz Jung: Das Trottschuch; Novellen; Franz Jung: Sophie; Roman; Sawatej: Das Buch im Saffian; Roman; Franz Jung: Sprung aus der Welt; Roman; Gottfried Benn: Die Vermessungsdirekt; Gottfried Benn; Diesterweg; Heinrich Schärer: Gefangenschaft; Roman; Charles Peguy: Aufsätze; Josef Capek: Der Sohn des Bösen; Novellen; Franz Jung; Joe Frank illustriert die Welt; Franz Pfeiffer: 1914/16; Antikriegslyrik; Wilhelm Klemp: Aufforderung, Lyrik

**Elysium - Lichtspiele**  
Prenzlauer Allee 56  
Wahrheit in  
**Pater Voss, der Millionendieb**  
dazu:  
die Frau Paul Hedemann in  
**Die Wasserpartei von Hieslau**  
Törende Wochenschau  
Sonntag 11.00 Uhr große Jugendvorstellung  
Der große Preisablauf, Wochentags bis 6 Uhr Sonntag bis 4 Uhr 70 Pfg.  
Nachher von 80 Pfg. an

**Ein Auto und kein Geld**  
mit Dina Gralla  
Starkreduzierte Eintrittspreise

**Lichtspiele**  
am Stettiner Bahnhof  
Invalidenstr. 127

Tonfilm-Tageskino  
George Bancroft in  
**Mann über Bord**  
dazu:  
R. A. Roberts in  
**Zu Befehl, Herr Unteroffizier**  
Die neueste törende Wochenschau

**Theater des Weddings**  
Möbier, Ecke Sellenstraße  
**Zwei Herzen und ein Schlag**  
dazu:  
Pat und Patachon in  
**Knall und Fall**  
Die neueste törende Wochenschau

**Das 5. Buch der „Roten Bücher“**  
erscheint im April ds. J.

**Gewerkschaften im Klassenkampf**

Aus dem Inhalt:  
Die Entstehung der Gewerkschaften / Gewerkschaftlicher Reformismus im Vorkriegskapitalismus / SPD und Gewerkschaften Die Gewerkschaften in der Republik / Das neue Arbeitsrecht / Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie / Gesellens-Gewerkschaften Die notwendige Reorganisation / Gegen den Bürokratismus / Einheit der Gewerkschaften oder ROO / Die Aufgaben der Gewerkschaften im Klassenkampf

**Die Autoren sind führende Gewerkschaftler**

Buchhandlungspr.: R.M. 4.75, Mitgliedspr.: R.M. 2.-  
Meldet Euch sofort bei der Marxistischen Büchergemeinde a. Mitglied. Monatsbeitrag 1M

**Freie Verlags-Gesellschaft m. B. H.** Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

**Auf Wunsch vieler Genossen wird die Gültigkeit dieses Vorzugsangebots nochmals verlängert und zwar bis zum 15. Mai 1932**

Bestellungen sind zu richten an die Buchvertriebsabteilung der **AKTION, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Str. 17**

Versand gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages zuzüglich Nachnahmegebühr.

**Pharus Lichtspiele**  
Mülersstraße 142  
Anny Ondra, Ralph A. Roberts, Hermann Thiering in  
**Ein Nacht im Paradies**  
Lichtspiel mit Ralph A. Roberts, Oskar Sabo  
dazu:  
**Pat und Patachon**  
in dem köstlichen Lustspiel  
**Knall und Fall**  
Jugendliche haben Zutritt  
**Neueste Tonwochenschau!**

**Feinvergnügungs-Restaurant**  
Berlins  
Herrnhut i. Sa.

**Oberlausitz**  
Die allerfeinste Butter, den besten Käse, Speisequark  
kauft man direkt oder in den  
Verkaufsstellen der Melkerei  
Herrnhut i. Sa.

**Größte Auswahl in**  
**Fahrräder „Nähmaschinen“**  
zu niedrigsten Preisen bei  
**Friedrich Güttler**  
Neusalza-Spramberg



# Wahlkampf in Anhalt

## Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten

Auch in Anhalt tobt der Wahlkampf. Auch in Anhalt sitzen Sozialdemokraten in der Regierung. Auch in Anhalt fürchten sie den Verlust ihrer gutbezahlten Posten an die Nazis. Auch in Anhalt heilt die Sozialdemokratie, statt an die außerparlamentarische Kraft des Proletariats zu appellieren: „Wehrt die Unruhestifter mit dem Stimmgelot ab.“

So schwant auch der Anhaltiner Sozialdemokratie, daß sie am 24. April die Quittung für ihre klassenverräterische Politik erhalten wird. Daß die Anhaltiner Sozialdemokraten bei so schlechtem Gewissen die verzweifeltsten Anstrengungen machen, um Dumme zu finden. Aber wie sie das tun, welcher Mittel sie sich dabei bedienen — das verdient festgehalten zu werden.

So wenig wie in Preußen oder einem anderen Land können die Sozialdemokraten in Anhalt Taten vorweisen, welche für die Bevölkerung des Freistaates nutzbringend waren. Aber man muß doch nachweisen, wie gut man regiert hat, wie segensreich die Sozialdemokratie ist. Und da man es an den Taten im eigenen Lande nicht beweisen kann, beweist man es durch einen Vergleich mit Preußen — durch eine Hetze gegen Preußen, gegen Braun und Severing.

In einem von Wilhelm Voigt, Bernburg, herausgegebenen und von der Bernburger Buchdruckerei-Gesellschaft gedruckten Flugblatt der SPD wird gefragt: „Bauern, Landvolk, wißt ihr das?“ Und dann heißt es unter:

„10. In Preußen sind die Schulen Gemeindeschulen, in Anhalt Staatschulen. Anhalt unterhält bei weitem mehr Schulen in den kleinen Gemeinden als es in Preußen der Fall ist.“

11. In Preußen fängt die Gewerbesteuer nach dem Ertrage bei 1500 RM Einkommen an. In Anhalt erst bei einem Gewerbeeinkommen von 3000 RM. 54 Prozent der Gewerbetreibenden in Anhalt sind steuerfrei . . .

Auch für die Besteuerung nach dem Gewerbekapital bestehen in Anhalt sehr niedrige Sätze. Der Steuerausfall daraus beträgt gegenüber Preußen 1 000 000 RM.

12. Die Mieten betragen in Anhalt zur Zeit 110 Prozent der Friedensmiete. In Preußen je nach den Grundvermögensteuermessungen 118, 121, 125 und mehr Prozent. Diese Zuschläge muß auch der Hausbesitzer bezahlen. In Anhalt sind also Hausbesitzer und Mieter bei weitem günstiger gestellt als in Preußen. Bei der Häusersteuer sind alle Häuser mit 150 RM Friedensmietwert steuerfrei. Die Ersparnis beträgt im ganzen Lande jährlich 2 500 000 RM für Kleinhausbesitzer.“ (Sämtliche Sperrungen wie im Original.)

Diese von den Anhaltiner Sozialdemokraten gemachte Gegenüberstellung der Anhaltiner und preußischen Steuer- und Mietverhältnisse ist eine sinnlose Anklage gegen Preußen, gegen die preußische Sozialdemokratie, gegen die unsoziale, reaktionäre Politik der Severing und Braun. Aber diese anklägerische Gegenüberstellung genügt den Anhaltiner Sozialdemokraten noch nicht. Sie klagen Braun und Severing auch als Helfershelfer der Großagrarier an. Es heißt in dem Flugblatt:

„Die günstige soziale Wirkung der anhaltischen Grundwertsteuer ist selbst von Führern des Landbundes anerkannt. So äußerte sich der Steuerexperte des Landbundes, der preußische Landtagsabgeordnete Hecken, Halle, auf einer Tagung des anhaltischen Landbundes, daß die Grundwertsteuer für den Klein- und Mittelbesitz in Anhalt günstiger sei als in Preußen . . .“

Diese Sätze sind Ohrfeigen für die Braun und Severing, ausgeteilt von ihren eigenen Parteigenossen. Und mit Recht! Denn die Braun und Severing haben sich nicht nur als getreue Diener des Monopol- und Finanz-, sondern auch des Agrarkapitals erwiesen. Das bekundete auch in der Reichstagsitzung vom 24. Juni 1930 ein gewiß einwandfreier Zeuge: der Staatskommissar für Ostpreußen, Rönneburg. Er sagte:

„Ich fand am 1. Juni v. J. folgendes Ergebnis vor: 80 Millionen Kredite waren bewilligt. Davon hatten von 3840 Großbetrieben, die es in der Provinz überhaupt gibt, fast 1000 Betriebe (d. h. jeder dritte Großbetrieb) zusammen 60 Millionen bekommen. Das sind Dreiviertel aller Gelder.“

Von den 104 000 bäuerlichen Betrieben hatten 2400, das war jeder 43. Kleinbetrieb, zusammen 20 Millionen bekommen. Das sind Einviertel aller Gelder.“

Aber davon, daß sie in Anhalt steuerlich weniger belastet sind als in Preußen, werden die Bauern nicht satt. Das haben sogar die Anhaltiner Sozialdemokraten begriffen. Und sie sagen richtig: „Das Schicksal der Bauern ist unloslich verbunden mit dem Schicksal der Arbeiter.“ Weil dem aber so ist, darum sind an der Verelendung der Bauern die Sozial-

demokraten schuld. Sie haben durch ihre Tolerierungspolitik den Abbau der Löhne und Unterstützungen, die Erhöhung der gerade die Mittel- und Kleinbauernschaft schwer belastenden Zölle ermöglicht und mitverschuldet. Und darum ist der sozialdemokratische Jammer über die der Sozialdemokratie vorhergesagten Folgen, der Jammer über die Verelendung des Proletariats, der Mittel- und Kleinbauern, nichts als Heuchelei.

Die Sozialdemokratie konnte aber nicht anders handeln, weil sie aus dem Lager des Proletariats in das Lager der Bourgeoisie desertiert ist. Und weil sie dies nicht eingestehen dürfen, darum können und dürfen sie auch nicht sagen, was ein bürgerlicher Professor, der Direktor der landwirtschaftlichen Hochschule, Ritter, Berlin, sieht und sagt:

„Nun wird allmählich immer weiteren Kreisen klar, daß im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaft, in der wir doch nun einmal

leben, kein Maßstab für eine gerechte Verteilung des Kapitals an die einzelnen Gruppen gefunden werden kann.“

Das ist die Bankrotterklärung des Kapitalismus. Daraus gilt es die Folgen zu ziehen: Weg mit dem Kapitalismus.“

„Das Schicksal der Bauern ist unloslich verbunden mit dem Schicksal der Arbeiter!“ Zieht die Konsequenzen daraus, Arbeiter und Bauern! Kämpft Schulter an Schulter! Der Bauer muß den Arbeiter unterstützen bei seinem Kampf gegen Notverordnungen und Lohnraub, damit die Kaufkraft des Arbeiters steigt. Der Arbeiter muß den Bauer unterstützen im Kampf gegen die Zölle, damit billige Futtermittel hereinkommen und dadurch die Lebensmittel billiger werden.

Aber dieses Ziel ist nicht mit Hilfe des Stimmgelotes zu erreichen, sondern nur durch außerparlamentarischen Massenkampf, an dessen Ende der Sturz des kapitalistischen Systems, die Diktatur des Proletariats stehen muß. Kämpft dafür mit der SAP! Demonstriert für diesen einzigen Weg aus Sorge und Not am 21. April durch Stimmabgabe für die SAP. Felix Ziege.

# Hugenberg-Hetze

## Gegen antifaschistischen Bürgermeister

Unter der Überschrift „SA-Auflösung mit Hilfe des Reichsbanners“ verbreitet die Hugenberg Telegraphen-Union folgende Meldung:

Auf ungewöhnliche Art schritt der sozialdemokratische Bürgermeister Worch in Langewiesen, Landkreis Arnstadt, zur Auflösung der SA- und SS-Formationen. Er nahm, wie vom thüringischen Innenministerium bestätigt wird, (1) das Reichsbanner zu Hilfe und bewaffnete es, da ihm ungenügende Polizeikräfte zur Verfügung standen haben sollen. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Verrätern vorgekommen und Waffen beschlagnahmt. Bürgermeister Worch leitete die Aktionen persönlich und hatte sich, wie er auf Anfrage bestätigte, zu seiner Sicherheit mit einem Revolver bewaffnet. Ueber dieses Vorgehen des Bürgermeisters herrscht im Orte große Erregung.

Was ist an dieser offenbar mächtig aufbauschten Nachricht, mit der die „Nachtausgabe“ ihre Schlagzeile bestritt, die den ortsnahen Nazis sofort erwünschten Stoff zu Protesttelegrammen nach Weimar und Berlin gab, eigentlich dran? — Bürgermeister Worch schildert den Sachverhalt folgendermaßen:

„Am Mittwochabend erhielt Bürgermeister Worch vom Kreisamt Arnstadt die Aufforderung der thüringischen Landesregierung, für höchste Alarmbereitschaft zu sorgen, da eventuell mit einem SA-Putsch zu rechnen sei, und alle Waffen auf das Rathaus zu bringen. Da er zunächst ohne Polizeibeamte war, beauftragte er zwei zuverlässige Leute mit der Bewachung des Rathauses, bewaffnete sie und beauftragte sie, niemand ins Rathaus hereinzulassen. Dann holte er die Polizeibeamten zusammen, löste die beiden Leute wieder ab und ordnete an, daß alle im Ort vorhandenen Waffen aufs Rathaus zu bringen seien. Er nahm den örtlichen SA-Führer und den örtlichen Vorsitzenden der NSDAP vorläufig fest, entließ sie aber nach zehn Minuten wieder, nachdem sie ihm glaubhaft gemacht hatten, daß kein Putsch beabsichtigt sei. Das ist die ganze große Affäre!“

Aber diese Hugenbergsche Nachricht bezeichnet ganz klar den Ausgangspunkt einer neuen politischen Hetze gegen einen Mann, den die gleichen Kreise vor sieben Jahren schon fast zur Strecke gebracht hätten.

Der Regierungsrat Worch diente im Jahre 1928 in der politischen Polizei Thüringens, das damals eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung hatte. Bei den Vorläufern der heutigen Hitler-Anhänger hatte er sich höchst unbeliebt gemacht, weil er den seiner Obhut übergebenen Grenzabschnitt gegen Bayern, wo sich die Ehrhardt-Banden zum „Marsch auf Berlin“ versammelten, streng in Ordnung hielt, Grenzübertritte verhinderte und einmal sogar eine Gruppe von Hakenkreuz-Studenten, die eben beim Reiterregiment in Bamberg ihre Ausbildung als Zeitfreiwillige erfahren hatten, bei der Ueberschreitung der Grenze verhaftete, ihnen die Truppenausweise und Waffen der Reichswehr abnahm und sie einem Verhör über Zweck und Umstände ihrer Soldatenspielerlei unterzog.

Als wenige Monate später unter dem Säbelregime des Generals Hasse eine nationalistische Landesregierung in Thüringen amtierte, wurde Worch deswegen unter der Beschuldigung des Amtsverbrechens in Haft genommen, unter Anklage gestellt und zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Sofort nach diesem Schreckensurteil konnte durch die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen thüringischem Justizministerium und der Staatsanwaltschaft in Rudolstadt nachgewiesen

werden, daß die Staatsanwaltschaft aus rechtlichen Bedenken zweimal die Erhebung der Anklage gegen Worch abgelehnt hatte und erst durch bündige Anweisung der Ministerialbehörde dazu gezwungen worden war. Diese Aufdeckung hatte dann in der Berufungsverhandlung den Freispruch Worchs zur Folge.

Die Dinge, die ihm heute vorgeworfen werden, gleichen aufs Haar den Vorwürfen, die schon im Jahre 1924 gegen ihn erhoben worden sind. Danach wird man sich nicht wundern dürfen, wenn der Hetze gegen Worch sehr bald entsprechende Taten der Justizbehörden folgen werden.

## Das Kesseltreiben wird fortgesetzt

TU. Weimar, 15. April 1932.

Die Untersuchung über die Vorfälle in Langewiesen, die im Auftrage des thüringischen Innenministeriums vom Arnstädter Landrat geführt wird, ist noch nicht abgeschlossen. Sie dürfte noch ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen. Bürgermeister Worch, der nach wie vor eine Verletzung seiner Dienstvorschriften bestritt, hat sich krank gemeldet. Die Nachricht, daß er bereits seines Amtes enthoben sei, entspricht nicht den Tatsachen.

## Reichsbanner rückt von Worch ab

Berlin, 16. April 1932.

Die Pressestelle des Reichsbanners teilt mit: „Der Gau Groß-Thüringen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat an den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, in dem er die nationalsozialistische Behauptung, das Reichsbanner in Thüringen sei bewaffnet, entschieden zurückweist und dann weiter fortführt: „Auch in Langewiesen hat das Reichsbanner über keinerlei Waffen verfügt. Weder der Gauvorstand des Reichsbanners, noch die Ortsleitung des Reichsbanners in

Langewiesen hat Anweisungen ergehen lassen, sich in eine Hilfspolizei einreihen zu lassen. Der Gauvorstand hat von den Dingen überhaupt erst durch die Presse Kenntnis erhalten. Der Ortsvorstand ist erst zur Kenntnis der Dinge gelangt, nachdem der Bürgermeister der Stadt Langewiesen bereits von sich aus gehandelt hatte. Im Übrigen wird mitgeteilt: Ausschlaggebend für die Auswahl der beiden Hilfspolizeibeamten, die Bürgermeister Worch ernannte, war nicht die Zugehörigkeit zum Reichsbanner, sondern die positive Antwort auf die Frage des Bürgermeisters, ob sie beim Militär gedient hätten. Bemerkenswert ist dabei, daß Bürgermeister Worch schon im Jahre 1926 aus prinzipieller Gegnerschaft aus dem Reichsbanner ausgetreten ist.“

## Der Aufmarsch in Bayern

### SAP Liste 7

München, 15. April 1932.

Der Aufmarsch der Parteien zum Bayerischen Landtag ist vollzogen. Nachdem am Freitag in allen acht Wahlkreisen die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse für die Landtagswahlen stattgefunden haben und die eingereichten Kreiswahlvorschläge zugelassen wurden, ist sofort die Veröffentlichung sämtlicher Kreiswahlvorschläge erfolgt. Es marschieren in Bayern folgende Parteien auf:

1. Bayerische Volkspartei,
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Bayerischer Bauern- u. Mittelstandsbund,
4. Deutschnationale Volkspartei,
5. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
6. Kommunistische Partei Deutschlands,
7. Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands,
8. Christlicher Volksdienst,
9. Deutsche Volkspartei,
10. Wirtschaftspartei,
11. Werktätige Volkspartei (diese nur in der Rheinpfalz).

Im ganzen sind für die Landtagswahlen 865 Kandidaten benannt.

## Bauarbeiter-Schiedsspruch abgelehnt

Für den kürzlich vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch für das Baugewerbe, der einen 10prozentigen Lohnabbau vorsah, sind die Erklärungsfrist abgelaufen. Beide Parteien, sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer, haben den Schiedsspruch abgelehnt. Infolgedessen wird sich nunmehr der Schlichter für Groß-Berlin mit diesem Lohnkonflikt zu beschäftigen haben.

Und die Gewerkschaften? Wollen sie ruhig zu warten, bis ein neuer, womöglich noch schlechterer Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt wird?

## Hentschel wieder in Betrieb

TU. Kassel, 15. April.

Die Lokomotivfabrik Hentschel und Sohn AG. Kassel, die bekanntlich Ende vorigen Jahres ihre Werke stillgelegt hatte, wird, wie die Verwaltung in einer am Freitag stattgefundenen Pressebesprechung mitteilt, nach einer durchgreifenden Betriebsreorganisation den Betrieb am 9. Mai wiederaufnehmen. Es dürfte mit einer WiederEinstellung von 1500 bis 2000 Arbeitern zu rechnen sein.

USA-Ausfuhr schrumpft weiter. Die Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1931 2 377 981,786 Dollar, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 1,404 Milliarden Dollar und gegenüber 1929 einem solchen um 2,780 Milliarden Dollar entspricht.

# KPD-Ortsgruppe Bocholt kommt zur SAP.

Wir haben bereits am Freitag berichten können, daß die Ortsgruppe des KJV in Bocholt, einer westfälischen Stadt in der Nähe der holländischen Grenze, zum SJV übergetreten ist. Inzwischen erfahren wir, daß

auch die Ortsgruppe der KPD in einer Generalversammlung einstimmig ihren Uebertritt zur SAP beschlossen hat.

Die Ortsgruppe zählt 70—80 Mitglieder und verfügt über 4 Stadtverordnete, während die SPD nur 3 besitzt. Es handelt sich also um eine aktive Gruppe, die einen guten politischen Einfluß besitzt.

Dem Uebertritt ist ein heftiger Konflikt mit den bürokratischen Instanzen der KPD vorangegangen, in dessen Verlauf der Genosse Schmitz mit ganz fadenscheiniger Begründung aus der KPD Bocholt ausgeschlossen wurde. Der Uebertritt der Ortsgruppe ist die Antwort der Mitglieder an die Bürokraten.

Dieser Uebertritt ist ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis in den Reihen der kommunistischen Mitglieder über die verhängnisvollen Wirkungen der Politik der KPD-Füh-

rung. Ihr sind bereits zahlreiche Einzelübertritte vorangegangen. Das zeigt, daß die Mauer des Mißtrauens und der Feindschaft, die die KPD-Führung um unsere Partei zu legen sucht, niederbricht. Die harte Sprache der Tatsachen, die Niederlagen der KPD und RGO in den Wirtschaftskämpfen, ihre völlige Aktionsunfähigkeit, das Ergebnis der Präsidentenwahl, die immer offener zutage tretende bürokratische Entartung der KPD, öffnet dem besten Teil der kommunistischen Arbeiter die Augen. Sie erkennen, daß sie nicht auf „Wendungen“ von oben, bei denen immer nur ein Bürokrat durch den anderen ersetzt wird, warten dürfen, sondern daß die revolutionären Arbeiter die Schaffung einer aktionsfähigen revolutionären Massenpartei in die eigenen Hände nehmen müssen. In diesem Sinne grüßen wir die neuen Mitkämpfer. Möge das Beispiel der Bocholter Arbeiter den kommunistischen Genossen zeigen, daß es nur einen Weg gibt zur Gesundung der kommunistischen Bewegung. Die Schaffung einer aktionsfähigen, revolutionären, in Wahrheit kommunistischen Massenpartei, die durch das Beispiel auf die KPD-Mitglieder winkt.



# XX. Metallarbeiter-Verbandstag

Vom 22. — 25. August 1932 in Dortmund

Vorstand und erweitertes Beirat des DMV. berufen zum 22. August d. J. zum 20. ordentlichen Verbandstag nach Dortmund ein. Wenn wir heute schon dazu Stellung nehmen, so deshalb, weil es notwendig ist, daß unsere im DMV. organisierten Genossen, wie auch alle revolutionär eingestellten Metallarbeiter jetzt schon die notwendigen Vorarbeiten für diesen Kongreß der größten deutschen Gewerkschaft treffen. Dazu ist insofern keine Zeit mehr zu verlieren, als die Anträge zum Verbandstag bis spätestens 7. Mai in den Händen des Vorstandes sein müssen.

Die in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichte Tagesordnung des Verbandstages ist gegenüber den früheren Verbandstagen sehr beschränkt. Der Verbandstag soll auch nur vier Tage (früher immer eine ganze Woche) tagen. Die Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung des Verbandstages, Wahl der Leitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes:
  - a) Allgemeiner Geschäftsbericht,
  - b) Bericht der Hauptkasse,
  - c) Bericht des Ausschusses,
  - d) Bericht der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.
3. Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der eisenschaffenden Industrie.
4. Beratung des Statuts.
5. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Punkte 1, 2, 4 und 5 sind die schon auf jedem Verbandstag üblichen. Nur Punkt 3 ist, wenn auch in sehr unklarer Form, so gehalten, daß man hier eine spezielle Behandlung der gegenwärtigen außergewöhnlichen Situation besonders der ungeheuerlichen Krise vermuten kann. Selbstverständlich können Anträge zur Aenderung oder Ergänzung der vorläufig vom erweiterten Beirat beschlossenen Tagesordnung gestellt werden.

Die Wahl der Delegierten soll nach dem § 35 des Statuts durch Urabstimmung in geheimer Wahl erfolgen. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das mindestens dreizehn Wochen dem Verband angehört und mit den Beiträgen auf dem laufenden bzw. nicht mehr als sechs Wochen rückständig ist. Als Beiträge in diesem Sinne gelten auch die Zehn-Pfennig-Erwerbslosenzulagen. Als Delegierte gewählt werden kann nur ein Mitglied, das mindestens drei Jahre dem Verband angehört. Auf je 3000 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Größere Verwaltungsstellen mit 3000 und mehr Mitgliedern bilden eine selbständige Wahlabteilung, kleinere Verwaltungsstellen werden mit anderen so zu Wahlbezirken zusammengelegt, daß sie 3000 oder mehr Mitglieder umfassen und dann gemeinsam einen oder mehrere Delegierte wählen. Hier kann durch die berichtigte Wahlkreisgeometrie, d. h. durch eine ganz bestimmte Zusammenlegung die Opposition unterdrückt oder ausgeschaltet werden. Immerhin kommt in diesen zusammengelegten Kreisen die Urabstimmung in Anwendung.

Anders in den großen Verwaltungen, wo das Delegiertensystem bei den örtlichen Generalversammlungen besteht. Hier ist durch die neue vom letzten Verbandstag mit knapper Mehrheit beschlossene Aenderung die Urabstimmung so gut wie ausgeschaltet. Denn es heißt in der vom Beirat beschlossenen Wahlordnung, „daß in selbständigen Wahlabteilungen eine Vertreterversammlung beschließen kann, daß von einer Urwahl Abstand genommen und die Wahl der Delegierten durch die Vertreterversammlung vorgenommen wird. Zu diesem Beschluß ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig.“

Da es in Deutschland wenig größere Verwaltungsstellen gibt, wo infolge des raffinierten Delegiertensystems die SPD nicht eine Zweidrittelmehrheit hat, so ist ganz klar, daß in allen diesen von der SPD beherrschten Delegiertenversammlungen die Ausschreibung einer Urabstimmung abgelehnt wird und die Delegierten schon endgültig in den Delegierten-generalversammlungen gewählt werden. Dadurch wird die Opposition in fast allen größeren Städten mundtot gemacht, wird die Mitgliedschaft um ihr Mitbestimmungsrecht bei der entscheidenden Instanz, dem Verbandstag, geprellt. Dagegen muß überall aufs schärfste protestiert werden. Es gilt allen, auch den SPD-Kollegen zu zeigen, wie durch eine derartige Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder den Massen das Vertrauen zum Verband geraubt und so die Gewerkschaft aufs schwerste geschädigt wird. Überall gilt es daher, dafür zu kämpfen, daß trotz Delegierten-generalversammlung eine Urabstimmung bei der Delegiertenwahl stattfindet. Diese Möglichkeit läßt die Wahlordnung überall zu.

Da anzunehmen ist, daß alle Anträge auf Aenderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt werden, und da höchstwahrscheinlich unter Punkt 3 nur die üblichen

reformistischen Theorien über Arbeitsbeschaffungsprogramme, Wirtschaftsdemokratie usw. verzapft werden, so wird auch diesmal der entscheidende Tagesordnungspunkt „Bericht des Vorstandes“ sein. Hier gilt es nicht nur, zu der bisherigen Tätigkeit des Vorstandes, sondern zu der ganzen Politik und Taktik des Verbandes Stellung zu nehmen. Alle Anträge, die sich gegen die reformistische Politik richten und auf den verschiedenen Gebieten die Anwendung einer revolutionären Tätigkeit verlangen, müssen ausdrücklich zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt werden.

Hier hat die überwiegende Mehrheit der Verbandemitgliedschaft zweifellos sehr viel zu kritisieren und vorzuschlagen. Hier muß die Frage gestellt werden, wie es kommt, daß der unerhörte Lohnabbau in den letzten Jahren fast kampflos durchgeführt werden konnte, hier muß festgestellt werden, daß der ganze Kurs der Verbandsleitung falsch war und bankrott ist.

## Kampf für die Erwerbslosen

Dieser Bankrott kommt nicht nur darin zum Ausdruck, daß der an Zahl so riesenstarke Verband nicht vermochte, den Lohnraub zu verhindern, nicht imstande war, die großen Verschlechterungen für die Erwerbslosen mit Erfolg abzuwehren, sondern auch darin, daß große Massen von Metallarbeitern dem Verband den Rücken gekehrt haben. Gewiß bestehen für die Organisation außerordentliche Schwierigkeiten, wenn, wie im erweiterten Beirat festgestellt wurde,

44,4 Prozent der Mitglieder arbeitslos und weitere 30,5 Prozent Kurzarbeiter

sind. Aber das ist keine Entschuldigung für den Mitgliederrückgang, denn der niedrige Erwerbslosenbeitrag von 10 Pfennig ermöglicht schließlich jeden Kollegen, seine Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten. Wenn das leider trotzdem so viele Kollegen nicht getan haben, so vor allem deshalb, weil sich die Verbandsleitung viel zu wenig um die Erwerbslosen kümmert, weil der Verband sich nirgends an die Spitze des Kampfes für die Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen stellt. Der Verlust ungezählter erwerbsloser Kollegen ist nicht zuletzt auch darin begründet, daß ihnen die weitere Mitarbeit am Verbandsleben erschwert und oft sogar unmöglich gemacht wird.

Deshalb gilt es gerade von diesem Verbandstag, durch Anträge zu fordern, daß der Verband als Organisation sich in den Dienst des Kampfes der Erwerbslosen stellt, daß er sich um alle, auch um die unorganisierten Erwerbslosen kümmert, laufend große Erwerbslosenversammlungen und Demonstrationen durchführt. Weiter ist unbedingt zu fordern, daß den erwerbslosen Mitgliedern in den Verbandskörperschaften weitgehende Vertretung eingeräumt wird. Bei der ungeheuren Zahl der Erwerbslosen ist unerlässlich, daß in jeder Ortsverwaltung, in jeder Bezirks- und Branchenleitung usw. mindestens ein von den erwerbslosen Kollegen selbst gewählter Vertreter zugestanden wird. Ebenso muß in den örtlichen Delegierten-generalversammlungen den Erwerbslosen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung gesichert werden.

## Radikaler Kurswechsel!

Das Schwergewicht muß aber auf die grundsätzliche Aenderung der ganzen Politik und Taktik des Verbandes gelegt werden. Die Auffassung, daß der Lohnabbau durch mehr oder minder geschickte Verhandlungen vor dem Schlichter, durch Appelle an die Regierung usw. verhindert oder auch nur gelindert werden könnte, ist durch die Tatsachen hundertfach widerlegt.

Trotzdem behält die Verbandsleitung ihren falschen Kurs bei. Das zeigt am klarsten die letzte Sitzung des erweiterten Beirats. Dort wurde zwar die Notlage der Arbeiterschaft und des Verbandes in besonderen ganz richtig dargestellt. Es wurde u. a. auch ganz richtig gesagt: „Worte sind genug gewechselt, die Arbeiter und Arbeitslosen wollen Taten sehen.“ Aber es wurde daraus keinerlei Konsequenz gezogen. In den dort gefaßten Beschlüssen ist mit keinem Wort von dem notwendigen Kampf der ganzen Arbeiterklasse bzw. von den entsprechenden Maßnahmen des DMV. die Rede. Die ganze Taktik ist vielmehr nach wie vor darauf eingestellt, „bei der Regierung vorstellig zu werden“. So heißt es in den Entschlüssen u. a.:

„Der erweiterte Beirat beauftragte den Vorstand, erneut bei der Reichsregierung die schnelle gesetzliche Durchführung der 40stündigen Arbeitszeit zu fordern.“

„Der erweiterte Beirat verlangt von der Regierung, daß sie solche Forderungen (erneuten Lohnabbau) energisch zurückweist und ihr der Arbeiterschaft gegebenes Versprechen einlöst.“

Es ist eine Schande für eine — nach ihrem Statut — auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaft, wenn ihre Leitung

nach zwei Jahren Brüning-Politik, nach zwei Jahren unumsagten Lohn- und Unterstützungsraub durch diese Regierung, erneut diese widerliche und von jedem Kind als zwecklos erkannte Bettelei vollführt. Gerade in diesen Tagen zeigt der Arbeitsminister dieser Regierung, Herr Stöcker, durch neue Lohnabbauversuche, daß er nicht daran denkt, die Politik des Lohnraubs einzustellen. Er pfeift auf die guten Ratschläge der Gewerkschaftsführer.

Es liegt an den Mitgliedern des DMV., diesem elenden Spiel ein Ende zu machen. Der Ruf: Radikale Kursänderung im Verband muß zur Kampflosung bei den Verbandstagswahlen werden. Heute ist es jedem denkenden Arbeiter klar, daß der Regierung und der ganzen herrschenden Klasse nur die angewandte Macht der Gewerkschaften, d. h. der außerparlamentarische Massenkampf auf allen Gebieten Respekt einflößen kann. Es ist nämlich gar nicht so, daß der Verband wie überhaupt die Gewerkschaften schwach sind und bei der Krise nicht kämpfen können. Gewiß ist es heute schwer, oft sogar unmöglich, durch rein gewerkschaftliche Kämpfe den Lohnabbau abzuwehren, obwohl auch hier jede Kampfmöglichkeit ausgenutzt werden muß. Ganz anders aber ist es, wenn die Gewerkschaften ihre Macht und ihren immer noch entscheidenden Einfluß auf die gesamte Arbeiterschaft einsetzen zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierung, gegen das ganze kapitalistische System, gegen Unter-

stützung und Lohnraub, gegen das ganze Schlichtungswesen!

Das bedingt allerdings den sofortigen Bruch mit der Tolerierungspolitik, bedingt, daß vor den revolutionären Konsequenzen dieses Kampfes nicht zurückgewichen wird.

Das gilt es in allen örtlichen und bezirklichen DMV.-Versammlungen der nächsten Wochen wie auch durch entsprechende Anträge an den Verbandstag zum Ausdruck zu bringen. Unsere Genossen wie alle revolutionär-oppositionellen Kollegen haben hier eine große, aber auch dankbare Aufgabe. Hunderttausende von SPD-Kollegen sind im Grunde genau so unzufrieden wie wir. Es kommt nur darauf an, ihre Unzufriedenheit in die richtigen Bahnen zu lenken, mit ihnen ein gutes kameradschaftliches Verhältnis herzustellen und sie einzureihen in die oppositionelle revolutionäre Front.

## 25 Prozent aller Kapitäne arbeitslos

In der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere, Bezirk Elbe, berichtete der Verbandsvorsitzende, Kapitän Freyer, über die Notlage der Kapitäne und Schiffsoffiziere. Er wies darauf hin, daß jetzt ein Drittel der deutschen Handelsflotte auf Liege und daß 26 v.H. aller Kapitäne und Schiffsoffiziere arbeitslos geworden seien. Für die im Beruf verbliebenen Kapitäne und Schiffsoffiziere sei mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage zu rechnen, so daß die Verhältnisse als trostlos und unhaltbar bezeichnet werden müßten.

Im Altonaer Fischereihafen liegen zur Zeit über 20 Schiffe, das sind etwa zwei Drittel der gesamten Altonaer Fischflotte, still.

## Gendarmerie gegen streikende Bergarbeiter



Gendarmerie sperrt die streikenden Bergarbeiter vom Zugang zu den Kohlengruben in Most (Brüx) ab, auf denen Streikbrecher Kohle verladen.

## Organisationsnachrichten

### SAP

- Treffpunkte für Sonntag zur Wahlagitation:
- Ortsgruppe Mitte: 9 Uhr bei Mudrack, Zionskirchstr. 43 v. 11.
  - Ortsgruppe Tiergarten: 9 Uhr bei Teichow, Windfeldstr. 35, Hf. 1.
  - Ortsgruppe Wedding: 9:30 Uhr bei Laukant, Soldner Str. 13.
  - Ortsgruppe Friedrichshain: Parteigenossen, Schutzbund und Jugend treten zum Sammelstellenabend und zur Wahlpropaganda.
  - Ortsgruppe Kreuzberg: 9 Uhr Gruppe Süden bei Loek, Schönlinstr. 6. Gruppe Südosten Hochbahn Kottbuser Tor. — Gruppe Südwesten bei Loose, Wilhelmstr. Alexisstr. 15, Querb. 11. — Gruppe Halle, Tor Lokal Topp, Alte Jakobstr. 1, Ecke Hollmannstr. 1.
  - Ortsgruppe Charlottenburg: 9 Uhr bei Grünig, Postlozstr., Ecke Fritschestr.
  - Ortsgruppe Wilmersdorf: 10 Uhr bei Rutka, Lauenburger Str. 21.
  - Ortsgruppe Schöneberg: 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Geil, Messingberg Str. 7, anschließend Wahlagitation.
  - Ortsgruppe Steglitz: 9 Uhr bei Köt. Schuffan, Lindenstr. 32.
  - Ortsgruppe Tempelhof: 9 Uhr bei Grune, Friedrich-Wilhelm-Str. 21.
  - Ortsgruppe Neukölln: 9 Uhr Aht. 1-3 bei Balke, Fulda, Ecke Weserstr. — Aht. 4-5 bei Schenk, Rosenstr. 21. Mitgliederbesprechung, anschließend Wahlagitation. — Aht. 6-10 Nogat-Ecke, Nogat, Ecke Bodestr. — Aht. 11 (Britz) an Lauenburger Str. 34.
  - Ortsgruppe Lichtenberg: 8:30 Uhr am Bahnhof Neu-Lichtenberg.
  - Bezirksverband Berlin: Alle Genosseninnen und Genossen beteiligen sich Dienstag, 19. April, an der öffentlichen Versammlung der Partei in den Säulenhallen, Spichernstr. 3.
- Bezirksverband Berlin: Alle Ortsgruppen-Kassierer rechnen Montag, 18. April, 14-18 Uhr, Dienstag, 19. April, 14-18 Uhr, im Sekretariat ab. Was bisher auf Sammelstellen vereinbart wurde, ist restlos abzuführen.
- Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Fröhlich „Revolutionäre Strategie und Taktik“, Dienstag, 19. April, fällt aus. Gen. Fröhlich

- ist durch Wahlkampf verhindert. — Montag, 18. April, Verbreitung der Einladungen für unsere öffentliche Versammlung. Ausgabe der Handzettel bei Barleben, Willdenowstr. 16-18 Uhr. Jeder muß mitmachen. — 20 Uhr Funktionärsitzung bei Barleben, Willdenowstr.
- Ortsgruppe Tiergarten: Montag, 18. April, 17:30 bis 19 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Gatz, Körnerstr. 3 v. Keller.
- Ortsgruppe Charlottenburg: Montag, 18. April, 20 Uhr, öffentliche Versammlung in Zehlendorf, Restaurant „Lindenpark“, Berliner Str. 8, Pflichtveranstaltung.
- Ortsgruppe Friedrichshain: 1. Aht. Montag, 18. April, 20 Uhr, Abteilungsversammlung mit wichtiger Besprechung im Lokal Krugmann, Memeler Str. 63.
- Ortsgruppe Neukölln: Montag, 18. April, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Balke, Fulda, Ecke Weserstr.
- Ortsgruppe Lichtenberg: Montag, 18. April, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Murr, Neue Bahnhofstr. 28.

### SJV

- Heute, Sonntag, 17. April 1932
- Treffpunkte zur Außenpropaganda:
- Aktionsbezirk Ost-Süd-West: Nach Teltow, Treffpunkt bei Neukölln 8 Uhr, Röhkrug (Hermannplatz); Fahnen, Transparente und Ballen sind mitzubringen. Radfahrer ebenfalls. — Tempelhof-Macchendorf 12 Uhr, Atilaplatz. Radfahrer ebenfalls. Fahnen mitbringen.
  - Aktionsbezirk Osten: Alle Gruppen 13 Uhr in Teltow, Schützenplatz. (Fahrverbind. Straßenbahn 96.) — Vormittags beteiligen sich alle Genossen an der Zeitungsaktion ihrer Partei-Abteilung. — Lichtenberg 8 Uhr Bahnhof Stralag-Rummelsburg. Anschließend an Teltow.
  - Aktionsbezirk Nord- und Nordost: Nach Bernau, Treffpunkt 7 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen. Fahnen mitbringen.
- Mitteilungen der DL:
- Referentenschule fällt Montag, 18. April, aus. Gruppenveranstaltungen fallen Montag aus. 19. April, alle Gruppen treffen sich und gehen geschlossen zur Chausseest.
- Erwerbslosenstaffel Groß-Berlin: In der Woche 19.-24. April, sind alle erwerbslosen Genossen und Genossinnen um 10 Uhr auf dem Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Wir leisten Wahlarbeit.
- SJV Plauen: Sonntag Unterhaltungsabend und Mitgliederversammlung im Heim.